

Commer

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.
 Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
 Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 M.
 Vorbestellungssatz: Nr. 1729.
 Verantwortl. Redakteur und Verleger: G. Schumann, Berlin.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,
 Engel-Str. 15. Telefon: Amt VII, 3349.
 Geöffnet: 9—1 Uhr Vorm., 3—7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.
 Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Anzeigen:
 die 3 gespaltene Zeitspalte 40 Pf. Im Abonnement
 entsprechender Rabatt.
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 3.

Berlin, den 1. Februar 1903.

7. Jahrg.

Bekanntmachung.

Bezugnehmend auf § 18, Absatz 2 des Statuts geben wir nachstehend die

Wahlbezirks-Eintheilung

bekannt.

1. Breslau (Görlitz, Liegnitz, Lissa, Ratibor und Rawitsch) 3 Delegirte.
2. Königsberg i. Pr. (Bromberg, Elbing, Stettin und Stralsund) 2 Delegirte.
3. Berlin I. 8 Delegirte.
4. Berlin III. 2 Delegirte.
5. Berlin II. (Charlottenburg und Steglitz) 1 Delegirter.
6. Belten (Brandenburg a. d. S., Cöpenick, Cottbus, Forst, Frankfurt a. d., Grünau, Guben, Potsdam u. Rathenow) 1 Deleg.
7. Magdeburg 2 Delegirte.
8. Halle (Dessau, Zerbst) 1 Delegirter.
9. Kassel (Vielefeld, Braunswieg, Halberstadt, Hannover, Hann.-Münden und Duedlinburg) 1 Delegirter.
10. Erfurt (Arnstadt i. Th., Coburg, Gera, Jena, Jülichau i. Th., Nordhausen, Rudolfsdorf, Saalfeld, Sangerhausen, Sonneberg, Suhl, Weimar und Zeitz) 1 Delegirter.
11. Leipzig 3 Delegirte.
12. Dresden (Löbau, Radeberg und Zittau) 2 Delegirte.
13. Altenburg S.-A. (Greitz, Hof i. B., Meuselwitz, Plauen i. B., Reichenbach i. B. und Schmöln S.-A.) 1 Delegirter.
14. Chemnitz (Crimmitschau, Großschän, Limbach i. S., Meerane, Wittweida und Waldheim Einzelmitgl.), Plauenscher Grund und Zwickau) 1 Delegirter.
15. Nürnberg (Fürth und Erlangen) 1 Deleg.
16. München (Bamberg, Kempten, Kissingen, Regensburg, Reichenhall und Würzburg) 2 Delegirte.
17. Stuttgart (Frankenthal, Freiburg i. B., Karlsruhe, Mannheim, Neustadt a. d. S. und Speyer) 1 Delegirter.
18. Frankfurt a. M. (Ludwigshafen, Mainz und Wiesbaden) 1 Delegirter.
19. Köln a. Rh. (Aachen, Vödingen, Duisburg, Düsseldorf, Essen und Witten) 1 Deleg.
20. Elberfeld und Dortmund 1 Delegirter.
21. Bremerhaven und Bremen I. und II. 2 Delegirte.
22. Hamburg, Altona, Wandsbek 7 Deleg.
23. Lübeck (Bautz-Wilhelmsburg, Harburg, Kiel und Wilhelmsburg) 1 Delegirter.

Die in vorstehender Bekanntmachung fett gedruckten Orte resp. deren Verwaltungen haben die

Wahl in ihrem Bezirk einzuleiten.

Zu diesem Zwecke sind ihnen seitens der im Bezirk liegenden Mitgliedschaften event. Kandidaten bis spätestens den 15. Februar in Vorschlag zu bringen.

Wahlberechtigt und wählbar

sind nur Mitglieder, welche nicht länger als 10 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Die

Wahl der Delegirten

erfolgt in geschlossenen Mitglieder-Versammlungen, zu denen der Eintritt

nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet ist. Die

Wahl ist per Stimmzettel

vorzunehmen; als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche die Mehrheit der im Bezirk abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

Die für den Wahlbezirk in Vorschlag gebrachten Kandidaten sind den Wahlversammlungen eines jeden im Bezirk liegenden Ortes durch den Bevollmächtigten vor der Abstimmung bekannt zu geben. Ueber die

Wahlhandlung

selbst ist ein Protokoll aufzunehmen, in welchem die auf die einzelnen Kandidaten entfallene Stimmzahl genau anzugeben ist. Dieses Protokoll ist zugleich mit den Stimmzetteln

sofort nach der Wahl

an den die Wahl einleitenden Ort einzusenden; von diesem ist das Ergebnis der Wahl zusammen zu stellen und mit den Stimmzetteln und Wahlprotokollen bis

spätestens den 15. März

an den unterzeichneten Vorstand einzusenden.

Die Bekanntgabe der gewählten Delegirten erfolgt im Verbandsorgan.

Im Behinderungsfalle eines der gewählten Delegirten tritt als Ersatzmann derjenige Kollege, welcher die nächsthöchste Stimmzahl erhalten hat. Als Legitimation gilt das Mitgliedsbuch.

Der Zentral-Vorstand.

Im Auftrage:

Oswald Schumann.

Ist die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen in Gefahr?

Als am 7. Juni 1900 die Vorschläge des Regierungsrathes Hoffmann zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes bekannt wurden, bemächtigte sich der deutschen Arbeiterschaft große Erregung.

Verlangte doch der Herr Regierungsrath nicht mehr und nicht weniger wie die Abschaffung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter in den Krankenkassen.

Diese Vorschläge, von der Arbeiterschaft entschieden bekämpft, wurden von der Unternehmerpresse mit großem Beifall aufgenommen. Politische und Fachzeitschriften der Unternehmer widmeten sich mit großem Eifer der Untersuchung der „Mißstände“ in den von der Arbeiterschaft geleiteten Krankenkassen, um den Nachweis zu führen, daß die Versicherer in den Händen der „sozialdemokratischen Agitatoren“ schlecht aufgehoben seien.

Zu den Unternehmern gefielen sich im Laufe der Zeit profühungerige Apotheker und eine bestimmte Kategorie von Ärzten, die es unter ihrer Standesherrschaft hielten, sich mit „Genannter Schuster und Schneider“ an einen Tisch zu setzen, um mit diesen als gleichberechtigte Kontrahenten zu verhandeln.

Die ideal heilige Dreieinigkeit Unternehmer, Ärzte und Apotheker forderte die Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes in ihrem materiellen Interesse.

Die Unternehmer verlangen in erster Reihe eine größere Macht in den Verwaltungen der Krankenkassen. Die Zweidrittel-Majorität der Arbeiter macht

es ihnen unmöglich das Krankenversicherungsgesetz zum Schaden der Versicherten auszulagen. Da durch eine liberale Auslegung des Gesetzes höhere Kosten entstehen und die Beiträge in den Kassen im Laufe der Jahre gesteigert wurden, ist der Gebbeutel der Unternehmer bei der Verwaltung der Kassen interessiert.

Die Unternehmer verlangten daher die Abschaffung der zweidrittel Mehrheit in den Vorständen und Generalversammlungen und Auslieferung mindestens der Hälfte der Sitze in der Generalversammlung und im Vorstande an das Unternehmerthum. Ob außer der Hälfte der Vorstandsmitglieder ihnen auch der Vorsitz zufallen müsse oder ob der Vorsitzende ein Regierungs- oder Gemeindebeamter sein soll, darüber herrscht noch Uneinigkeit im Kreise der Ausbeuter; einig ist man sich aber darin, daß der Vorsitz niemals in die Hände der Arbeiter fallen solle.

Als Vertreter der Unternehmer ergriff der zweite Vorsitzende der „Allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen“ Herr Georg Israel (Firma Ens und Israel) als „Fachmann“ in der „Arbeiterversorgung“ das Wort, um die Selbstverwaltung der Arbeiter der Regierung zu denutzigen.

Die Ausführungen dieses Herrn sind so typisch für die Denkweise des Unternehmertums, daß hier eine Stelle seiner Ansichten wiedergegeben werden soll:

„Die Arbeitgeber haben nur Beiträge, manches Mal auch noch ganz erhebliche Erschließungen und Strafen bei zu später Anmeldung zu zahlen. Nach dem Gesetz stets in der Minderheit befindlich, spielen sie höchstens die Beobachter dafür, daß die arbeitnehmenden Vorstandsmitglieder und die Generalversammlung nicht zu sehr die Krankenkasse zum Tummelplatz für die Politik benutzen. Daß in den größeren Städten, namentlich in Berlin, die Arbeitnehmer in den Krankenkassen ihre Macht voll und ganz ausnützen, ist wohl allen denen, die mit dem Krankentassenwesen vertraut sind, bekannt. Daß nur Genossen als Beamte gewählt werden, ist selbstverständlich. Gewöhnlich spielt sich der Vorgang folgendermaßen ab: Die Hauptreferent in den Generalversammlungen werden Vorstandsmitglieder, dann je nachdem nach kürzerer oder längerer Zeit Beamte der Kassen, und so geht es immer weiter. Ich kann eine ganze Reihe von Beispielen für diese Behauptung aufzählen. Die Arbeitgeber müssen diesem Treiben zusehen, ohne etwas daran zu ändern, da sie doch stets in der Minderheit sind. Ob ein anzustellender Beamter für den Posten paßt oder nicht, ist meistens gleichgültig, ob er Maurer, Schneider oder vorher irgend ein anderes Handwerk betrieben hat, ist nebensächlich, es heißt hier eben auch: „Wenn Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand.“ Diese Bestimmung muß, soll das Krankenversicherungsgesetz nicht als Unterstützung für die Sozialdemokratie weiter dienen, geändert werden. Von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr werden sich die Arbeitnehmer auch in den kleinen Städten immer mehr ihrer Macht bemächtigen und werden die großen Beiträge, die den Krankentassen zufließen, dazu benützt, die Stellen in den Kassen ihren Genossen zuzuwenden. Will man daher die Krankentassen nicht ferner als Unterstützungstafeln für die Sozialdemokratie gelten lassen, dann giebt es nur ein Mittel, die Arbeitnehmer und -geber müssen zu gleicher Zeit in der Generalversammlung und im Vorstande vertreten sein, ein Beamter der unteren Aufstiegsbehörde den Vorsitz führen. Es heißt freilich stets, die Arbeitnehmer zahlen zwei Drittel, die Arbeitgeber nur ein Drittel Beiträge. Das ist richtig, aber welchen Nutzen und welche Rechte haben denn die Arbeitgeber von den Krankentassen? Die ganze Wohlthat des Krankentassenwesens genießen die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber haben nur Pflichten, nichts als Pflichten! Die wenigen Rechte, die ihnen in der Verwaltung zustehen, sind gleich null! Sie sind in der Verwaltung stets die Minderheit, müssen sich in den Generalversammlungen oft genug die unangenehmsten, von Daß gegen sie erfüllten Neben

Arbeiternehmer gefallen lassen, werden stets, sowie es sich um eine nur im entferntesten an Volkstümlichkeit Angelegenheit handelt, überstimmt. Daß die Arbeiternehmer außerdem noch fortwährend in Gefahr schweben, Strafen wegen nicht genauer Befolgung der Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes zu erleiden, das gehört auch zu den Unannehmlichkeiten und Rechten (?) der Arbeitgeber. Wenn aber das Gesetz durchaus nicht ohne gleiche Beiträge seitens der Arbeitnehmer und Arbeitgeber geändert werden kann, so glaube ich, sind die Arbeitgeber auch bereit, dieses große Opfer zu bringen, wenn sie dadurch einen Wandel im Kaffeewesen herbeiführen können! Ich bin sehr überzeugt, daß sich die Beiträge für die Arbeitnehmer ermäßigen lassen, für die Arbeitgeber trotz der Käste nicht erhöhen würden, wenn dieser gewerblichsteht würde. Darauf können aber die Arbeitgeber, namentlich in den mittleren und größeren Städten sicher rechnen, daß die persönlichen und sachlichen Ausgaben ganz unverhältnismäßig steigen werden, wenn die sozialdemokratischen Arbeitnehmer immer mehr und mehr die Herrschaften in den Kassen werden, denn eine bessere Unterstufung für ihre Führer als in den Krankenkassen gibt es schwerlich! Daß sie sich ihrer Macht bewußt sind, das zeigt das Urteil im „Vorwärts“ vom 19. September 1894, in dem es u. A. heißt: „Und glücklicherweise sind ja in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Ortskrankenkassen durch Eingreifen der Genossen in die zielbewusste Verwaltung der Arbeiter gekommen.“

Der Urheber des § 83 hat der Sozialdemokratie einen Dient getan, wie er ihr größer wohl noch nie von einem Gesetz geleistet worden ist. Die Krankenkassen Deutschlands hatten im Jahre 1897 eine Einnahme von 135.849.150 Mk.

Daß diese Beträge in absehbarer Zeit nur von den sozialdemokratischen Arbeitnehmern verwaltet werden, unterliegt keinem Zweifel! Darum muß hier die Hand angelegt werden, um diese unglückselige Bestimmung zu ändern! Jeder Arbeitgeber, der in der Verwaltung von Krankenkassen thätig ist, weiß, wie ungeheuer schwer es ist, Arbeitgeber zur Thätigkeit in den Krankenkassen heranzuziehen, denn mit Recht sagt jeder, was nicht uns alle Arbeit, wir können nichts erreichen, wir sind doch stets die Minderheit in den maßgebenden Organen! Darum fort mit dieser Bestimmung!

Des Ferneren wünscht dieser Vertreter des Arbeitnehmers, der in seiner ganzen Heftigkeit an den seligen Stumm erinnert, die „Masse“ möglichst von der Verwaltung der Kasse auszuschließen. Der Vorstand soll höchstens aus 6 Personen, die Generalversammlung aus höchstens 30 (dreißig!) Mitgliedern bestehen. Nur nicht zu viel von der Verwaltung der Selbstlichkeit preisgeben!

Die Apotheker verlangen gesetzliche Bestimmungen, welche ihnen die Kassen als Ausbeutungsobjekt willenlos überliefern. Um jeden Kampf für Ermäßigung der Rezeptur und Erlangung von Rabatt unmöglich zu machen, wird die Abschaffung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen verlangt, nach welchen die Vorstände das Recht haben, die Apotheker, die zu Lieferungen zugelassen werden, selbst zu bestimmen. Auch soll es den Krankenkassen untersagt werden, die freigegebenen Arzneimittel aus den Drogenhandlungen zu beziehen.

Die Wünsche der Ärzte sind auch nicht bescheiden. Trotzdem sich das Arzthonorar in den letzten Jahren gehoben hat, so daß es von 1,70 pro Kopf und Jahr bis auf 3,50 Mk. gestiegen ist, fühlen sich die Ärzte noch immer ausgebeutet und durch die Kassen ruinirt. Sie verlangen in ihrer Mehrheit die gesetzliche Einführung der Minimalrate der amtlichen Gebührenordnung für alle Kassenleistungen, eine Forderung, die ungefahr einer Verzinsung des jetzigen Arzthonorars gleichkommt.

Würde diese Forderung Gesetz, so hätten die Arbeiter allein für ärztliche Behandlung 60—70 Pf. pro Woche zu zahlen. — In Regierungskreisen fanden die Forderungen der Unternehmer williges Gehör. War der Regierung die Selbstverwaltung der Arbeiter doch schon lange ein Dorn im Auge. War es doch den Arbeitern durch die Selbstverwaltung möglich gemacht, Männer mit der Verwaltung der Kassen zu betrauen, die aus den Kreisen der Arbeiter hervorgegangen, mit dem Denken und Fühlen der breiten Masse vertraut, die Kassen im Interesse der Versicherten verwalten.

Aus dem Krankenversicherungsgesetz, das als ein Gesetz zur Abhütung der Armenunterstützung gedacht war und nur der dringlichsten Noth abhelfen sollte, mußten intelligente Arbeiter ein Gesetz zum Schutze der Volksgesundheit zu machen.

Anger der Abschaffung der Mehrheit der Arbeiter in den Kassen, verfolgt die Regierung aber noch einen Zweck. Die aus den Kreisen der Arbeiter gewählten Beamten sollen aus den Verwaltungen gedrängt werden und ausgebildeten Unteroffizieren und sonstigen Militäranwärtern Platz machen! — Durch die fortwährende Verwischung des stehenden Heeres und der Marinemannschaften wehren sich natürlich in immer steigendem Maße die Militäranwärter. Diese sind schon jetzt so groß an Zahl, daß es unmöglich ist, sie unterzubringen.

Durch Reservierung der Krankenkassen für die Militäranwärter würde mit einem Schlage für

mehrere Tausend ausgebildeter Soldaten Platz geschaffen und die Regierung wäre dauernd für einen großen Theil dieser Leute die Sorge los — auf Kosten der Arbeiter.

Also nicht nur Unternehmer, Ärzte und Apotheker, auch die Regierung hat ein dringendes Interesse an der Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes.

- Man kann mithin, da die Arbeiterschaft heftig nach ihren Wünschen nie gefragt wird, als Grundlage für die Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes folgende Bestimmungen erwarten:
1. Abschaffung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter.
 2. Leitung der Kassen durch Regierungs- oder Gemeindebeamte.
 3. Entlassung aller bisherigen Beamten.
 4. Einstellung von Unteroffizieren und Militäranwärtern.
 5. Aenderung der diesbezüglichen Bestimmungen des Gesetzes zu Gunsten der Ärzte, Apotheker und anderer Interessenten zum Schaden der Arbeiter.

Gegen eine derartige Verschlechterung des Krankenversicherungsgesetzes nahm natürlich die ganze deutsche Arbeiterschaft in Protestversammlungen Stellung. Es wurden scharfe Resolutionen gegen die lebenswichtigen Absichten der Regierung und ihrer Helfershelfer angenommen.

Es sei hier nur die Resolution erwähnt, welche die offizielle Vertretung der Berliner Gewerkschaften, die Versammlung der Delegirten der Berliner Gewerkschaftskommission einstimmig angenommen hat:

„Die Versammlung verpflichtet nach dem Vortrage des Herrn Dr. Friedberg die Delegirten, dafür Sorge zu tragen, daß in den Gewerkschaften aufmerksam gemacht wird auf die drohende Gefahr, die die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz in sich trägt.“

Die Gewerkschaften haben den Widerstand gegen die veruchte Entredung der Arbeiter zu organisiren und in die breite Masse zu tragen. Die Delegirten werden ferner verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Kassenvorstände Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kassenbeamten ausweisen. Dem Eindringen der Militär-Anwärter ist unverzüglich durch Abschluß von Dienstverträgen mit den Beamten vorzubeugen.“

Der Regierung war es im höchsten Grade fatal, daß die Ankündigung ihrer Pläne einen so kräftigen Widerstand von Seiten der Arbeiter fanden. Die widerpredendsten Nachrichten wurden verbreitet. Während in einigen Blättern zu lesen war, daß die Absicht, eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz einzubringen, aufgegeben sei, behaupten andere offiziöse Blätter, daß lediglich die Erweiterung der Leistungen Gegenstand der Gesetzgebung sein solle.

Der Graf von Poldowski erklärte im Reichstage, daß allerdings eine Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes geplant sei. Man habe aber kein Recht, die Absicht des Regierungsrathes Hoffmann, der ohne Auftrag, lediglich als Privatmann, seine Ansichten veröffentlicht habe, als Auffassung der Regierung gelten zu lassen. — Welche Absichten die Regierung habe, verschwieg der Herr Graf vorsichtigerweise!

Inzwischen ist ein Jahr verstrichen und wenig von der Novelle die Rede gewesen. Für den aufmerksamen Beobachter war es aber kein Zweifel, daß die Regierung eifrig an der Novelle arbeitete und Material in ihrem Sinne sammelte. In eingeweihten Kreisen hieß es seit mehreren Monaten, ein ganz neues Personal anzunehmen. Nach diesen Ausführungen kam es zu einer längeren Debatte, in der die Kutscher nachweisen, daß sie bei 100 Mk. Verdienst per Woche, der nur im Sommer möglich sei, für Militär, Krankenkassenzuschuß, Sterbegeld und Provision für Reisende zirka 41 Mk., im Winter von 61 Mk. Verdienst für diese Spesen von etwa 23 Mk. zu zahlen hätten. Die Brauereibesitzer gaben zu, daß sie ihre Verhältnisse falsch beurtheilt hätten, jetzt aber, zur Einsicht gelangt, eine Besserung herbeiführen müßten. Brauereibesitzer Kuth wies darauf hin, daß nach den Feststellungen der Versuchsanstalt für Brauereien der Zolltarif eine Mehrbelastung von 2,20 Mk. per Hektoliter bringen werde. Er gestand zu, daß in Zukunft der Reisende von den Brauereien bezahlt werden solle. Es gäbe bereits eine Brauerei in Berlin, die $\frac{1}{10}$ Gebirde zu 1 Mk. verkaufe. Das bedeute bei 8—8½ Liter Inhalt per Liter 12 Pf.

Die Verhandlungen währten bis spät Abends und wurde man sich schließlich dahin einig, eine Kommission zu wählen, welche unter dem Vorsitz des Herrn Direktors v. Schulz einen Tarif ausarbeiten soll. Diese Kommission trat bereits am Sonnabend, den 24. Januar, zu einer Sitzung zusammen. Das Ergebnis dieser 4 Stunden währenden Sitzung ist in folgendem offiziellen Protokoll niedergelegt:

Berlin, den 24. Januar 1903.

In Sachen der Lohnbewegung der Jungbierkutscher erschienen heute die Herren Aug. Werner, Aug. Schönbörner, Karl Kundmüller als Vertreter der Kutscher und die Herren Ful. Urbach, Max Füllgrabe, Frh. Duth als Vertreter der Brauereibesitzer.

Die Erschienenen verabredeten folgenden Entwurf unter der ausdrücklichen Abrede, daß derselbe den bezüglichen Parteien zur Genehmigung vorzulegen und in einzelnen Fragen nach Abänderungen eventuell zu erhalten hat. Es wird von der Genehmigung der Parteien abhängen, daß dann die Vertreter derselben den Tarifver-

nicht befehrt werden sollte, ist doch, wie wir erfahren, die seit längerer Zeit vorbereitete Novelle zum Krankenversicherungsgesetz nimmend dem Bundesrath zugegangen und soll, wenn es nach den Wünschen der verbündeten Regierungen geht, noch in dieser Tagung dort und im Reichstage erledigt werden.“

Der jetzige Reichstag, der soeben das Zollattentat gegen das deutsche Volk verbrochen hat, scheint der Regierung auch befähigt genug, das Attentat auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu vollbringen.

Derselbe Reichstag, der durch Festsetzung wahnsinniger Zölle die Unterernährung der breiten Masse herbeiführt, soll dafür sorgen, daß die Arbeiter im Krankheitsfalle ihre Interessen in den Krankenkassen nicht mehr gemahrt finden.

Es ist der Regierung und dem Reichstage, nach den Erfahrungen mit dem Zolltarif, auch das Schlimmste zuzutrauen und ist es möglich, daß sich die Arbeiterschaft rechtzeitig zum Kampfe rüht.

Die Vorstände und Verwaltungen der Krankenkassen sind jetzt bei Beginn des Kampfes vor Aufgaben gestellt, die zeigen werden, ob sie sich auf der geistigen Höhe befinden, die man bei organisirten Arbeitern voraussetzt. Die Beschlüsse müssen in die That umgesetzt werden. Der Kampf gegen die Entredung der Arbeiter muß organisiert werden, so lange es noch Zeit ist.

Aus unserem Beruf.

Bierführer.

Die Lohnbewegung der Jungbierfahrer in Berlin hat ihr Ende noch nicht erreicht. Die direkten Verhandlungen zwischen den Bierfahrern und den Unternehmern wurden seitens dieser am 14. Januar abgebrochen. Die Kollegen riefen hierauf das Eingangsamt des Berliner Gewerbegerichts an, und nachdem dies auch seitens der Unternehmer gesehen war, fanden am Donnerstag, den 22. Januar, die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsdirektors Herrn v. Schulz statt.

Als Unparteiliche für die Brauereien waren die Direktoren May und Gebhard, für die Kutscher Verbandsvorsteher Schumann und Sekretär Körsten erschienen. Die Brauereibesitzer vertraten Max Füllgrabe, Julius Urbach und Frh. Duth, die Kutscher der Bevollmächtigte August Werner und acht Kutscher. Unter den Zubörem befindlich sich fast alle Inhaber der bedeutenden Weis- und Braunbierbrauereien Berlins. Bei Eintritt in die Verhandlungen erhielt zunächst der Vertreter der Kutscher, Kollege Werner, das Wort, der eingehend die Vorgänge der letzten Wochen auseinandersetzte und erklärte, warum der Tarif der Brauereibesitzer für die Kutscher unannehmbar sei, und weshalb er zweifellos eine Verschlechterung bedeute. Eingehend erörterte er die Frage, ob die Kutscher als Handlungsgeschäften, wie sie selbst behaupten, oder als Arbeiter, was sie nach Ansicht der Brauereibesitzer seien, zu betrachten seien. Für die Brauereibesitzer sprach Frh. Duth. Er rüht seine Ausführungen, durch die er zunächst den schlechten Stand der Brauereien beweisen wollte, auf Bilanzen und Kalkulationen, durch die ein Verlust von 5000—6000 Mk. und mehr per Jahr nachgemessen werden sollte. Wenn sie trotzdem beständen, so läge dies an dem guten Hausverkauf und daran, daß sie noch ein Geschäft nebenbei betrieben. Die Kutscher dagegen verdienten so viel, daß Verdienste von 100 Mk. per Woche vorkämen, wie er an der Hand von Aufstellungen einzelner Brauereien nachwies. Die Verhältnisse seien so schlecht für die Bierfahrer geworden, daß nichts anderes möglich sei, als die Preise zu erhöhen, so daß das Bier jetzt statt 10 Pfennige 12 Pfennige kosten solle, vielleicht wäre es am besten, tabula rasa zu machen und ein ganz neues Personal anzunehmen. Nach diesen Ausführungen kam es zu einer längeren Debatte, in der die Kutscher nachweisen, daß sie bei 100 Mk. Verdienst per Woche, der nur im Sommer möglich sei, für Militär, Krankenkassenzuschuß, Sterbegeld und Provision für Reisende zirka 41 Mk., im Winter von 61 Mk. Verdienst für diese Spesen von etwa 23 Mk. zu zahlen hätten. Die Brauereibesitzer gaben zu, daß sie ihre Verhältnisse falsch beurtheilt hätten, jetzt aber, zur Einsicht gelangt, eine Besserung herbeiführen müßten. Brauereibesitzer Kuth wies darauf hin, daß nach den Feststellungen der Versuchsanstalt für Brauereien der Zolltarif eine Mehrbelastung von 2,20 Mk. per Hektoliter bringen werde. Er gestand zu, daß in Zukunft der Reisende von den Brauereien bezahlt werden solle. Es gäbe bereits eine Brauerei in Berlin, die $\frac{1}{10}$ Gebirde zu 1 Mk. verkaufe. Das bedeute bei 8—8½ Liter Inhalt per Liter 12 Pf.

Die Verhandlungen währten bis spät Abends und wurde man sich schließlich dahin einig, eine Kommission zu wählen, welche unter dem Vorsitz des Herrn Direktors v. Schulz einen Tarif ausarbeiten soll. Diese Kommission trat bereits am Sonnabend, den 24. Januar, zu einer Sitzung zusammen. Das Ergebnis dieser 4 Stunden währenden Sitzung ist in folgendem offiziellen Protokoll niedergelegt:

Was will man von den Krankenkassenbeamten? Sider nicht Gutes. Man braucht die Namen und Wohnungen der Beamten, um sich zu vergewissern, wer in den Kassen thätig ist.

Die Regierung will, unter Hinweis auf die „staatsgefährlichen Elemente“ in den Kassen, dem Reichstage ihren Gesetzentwurf schmachtlich anreichen.

Es ist also nach nüchternen Betrachtung aller Vorgänge kein Zweifel mehr, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen in Gefahr ist, und wenn es nach den Wünschen der Regierung und der Scharfmacher geht, das letzte Sündlein der Kassenvorstände und Kassenbeamten halb geschlagen hat. Fraglich war es bisher nur, wann die Regierung mit dem Entwurf kommen wird. Doch kaum ist die Zollbeule herein, wird auch diese Frage beantwortet.

Am 18. und 19. Januar berichteten bürgerliche Blätter übereinstimmend:

Trotz den wiederholten Versicherungen, auch von zuländiger Seite, daß der jetzige Reichstag außer mit dem Reichshalts-Gesetz für 1903 und dem Entwurf betr. Kaufmannsgerichte, mit neuen größeren Vorlagen

auf Weiterarbeit verzicht leisten. Daraufhin wurde Kröpfe wieder entlassen. Unmehrer schrieb er einen anonymen und wehmütigen Brief an den Sektionsleiter, doch eine Versammlung einzuberufen, in der seine Kröpfe, Angelegenheit zur Sprache gebracht werden soll. Die Kollegen ließen sich nicht erweichen, und so dürfte es Kröpfe wohl klar geworden sein, daß man Verbandsgelder nicht ungestraft veruntreuen darf. Wenn überall so gehandelt wird, werden bestimmte Leute bald ausgezerrt sein.

Handelsarbeiter.

Die Konfektionsfirma Weiskmann & Diehn sendet uns in Bezug auf den Nr. 1 d. Bl. gebrachten Artikel „Zur Lage der Hausdiener in der Konfektion“ eine Berichtigung, deren sachliche in Teil wir gern Raum geben:

„In die wercht. Redaktion des „Courier“, 80, Engel-Amer 15.

„Uns liegt ein Exemplar Ihres Blattes vom 4. Januar cr. vor. Ein darin befindlicher Artikel „Zur Lage der Hausdiener in der Konfektionsbranche“ beschäftigt sich auch mit unserer Firma, und gestalten wir uns, Ihnen durch folgende Erklärung, die Hausdienerverhältnisse, soweit sie unser Geschäftspersonal betreffen, näher darzutun.

Zunächst möchten wir jedoch voranschicken, daß wir Bestrebungen, der Besserung sozialer Lagen gedenkt, in jeder Beziehung unterstützen und gern voll anerkennen, daß Mißstände öffentlich angezeigt werden sollen, um eine nachdrucksvolle Mithilfe zu schaffen.

Wir kommen zunächst auf die Lohnverhältnisse unseres Hausdienersonnals zurück und können Ihnen mitteilen, daß der Lohnsatz zwischen 21 bis 30 Wfl. schwankt, wozu eine nicht unerhebliche Weihnachtsgroßzahlung hinzukommt, welche stets nach der Zeit des Konditionens bemessen wird.

Sodann möchten wir die Arbeitszeit eingehend besprechen. Diefelbe bemagt sich selbst in der höchsten Saison nicht über 10 Uhr hinaus. Die gewöhnliche Arbeitszeit währt von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, in welcher die geschäftigen Bausen, außerdem eine stündige Tischzeit, streng innegehalten werden. Selbst bei stärksten Vertriebe kommt es nur vereinzelt vor, daß der Hausdiener bis 10 Uhr beschäftigt ist. In der Saison ist häufig ein längeres Ausbleiben des Geschäftes geboten, doch geschieht dies in den allerletzten Fällen über 11 Uhr hinaus, wobei natürlich auch abwechselnd der du jour habende Hausdiener da ist.

Demgegenüber stehen auch wieder Zeiten, in welchen an die Arbeitskraft des Hausdieners weniger oder gar keine (2 Wfl.) Anforderungen gestellt werden, wie es eben in Saison-Geschäften gang und gebe ist. Im Sommer erlangen wir nicht, jedem Hausdiener bei voller Gehaltszahlung einen 14tägigen Urlaub einzuräumen, welcher seiner Erholung dienen soll.

Der Sonntag ist auch uns heilig und wird das Geschäft nur in ganz dringenden Fällen in der Hauptsaison geöffnet, und dann nur in der geschäftigsten Zeit. Gewöhnlich demt sich in solchen Fällen die Arbeitszeit nicht über 1 1/2 Stunden aus und zwar von 9-10 Uhr, und dient fast nur zur Reinigung des Lokals.

Was nun die Beförderung der Pakete am Sonntag betrifft, so lassen wir die Pakete, welche am Sonntag nicht mehr expediert werden konnten, am Sonntag früh nicht durch unsere Hausdiener besorgen, vielmehr werden dieselben durch unseren Hausportier gegen ein Entgelt bei der Post ausgegeben. So können wir uns das Aufmachen unseres Geschäftes am Sonntag ersparen.

Höchst selten, ja fast gar nicht, kommt es in der Hochsaison vor, daß ein Passagier mit nach 10 Uhr aufgegeben wird.

Wir kommen nun zum letzten Punkte Ihres Artikels, in welchem die Bezahlung der Hausdiener durch Trinkgelder von Zwischnehmern bezw. deren Gehmarbeiter beleuchtet wird.

Die Wiederholung dieses Punktes ergibt sich ja schon aus dem am Anfang unseres Schreibens angeführten Lohnverhältnissen, nach welchen unsere Hausdiener keineswegs auf Trinkgelder angewiesen sind. Abgesehen davon, haben unsere Hausdiener mit der Expedition der zu verarbeitenden Waare absolut nichts zu thun, da wir für diesen Zweck einen besonderen Expedient haben, der mit dem Ausfahren der Sachen an die Schneider das ganze Jahr hindurch beschäftigt ist.

Daß sich unsere Hausdiener unter den gegebenen Verhältnissen sehr wohl bei uns befinden, geht wohl aus der Tatsache hervor, daß der künftige Hausdiener von uns auf eine Arbeitszeit von 3 Jahren zurückblicken darf, während ein großer Teil seit Bestehen des Geschäftes bei uns bedienstet ist.

Eine besondere Vergünstigung lassen wir unseren Leuten noch dadurch zu Teil werden, indem wir die Kosten zur Invalidität und Krankenpflege ganz tragen und außerdem auf Wunsch unseren Geschäftszweck kostenfrei zur Verfügung stellen.

Wir sind gern bereit, und würden Ihnen dankbar sein, wenn Sie sich durch eine geeignete Persönlichkeit von der Wahrheit durch Einsicht in unsere Lohnbücher vollständig überzeugen und einer wahrheitsmäßigen Berichtigung in Ihrem geehrten Blatte Eingang verschaffen würden.

Hochachtung

W e i s k m a n n & D i e h n

Wir haben von diesen Zeiten mit Befriedigung Kenntnis genommen, können aber nicht umhin, an einen leichten Widerspruch in der Berichtigung hinzuweisen. Auch in der Hochsaison soll die Arbeitszeit „nicht über 10 Uhr hinaus“, wie im Original ausdrücklich hervorgehoben, dauern, während in nächsten Satz schon zugegeben wird, daß „in den allerletzten Fällen über

11 Uhr hinaus das Geschäft offen bleibt und auch der du jour habende Hausdiener anwesend sein muß.“

Wenn wir uns recht erinnern, ist vor einiger Zeit ein Hausdiener der Firma Weiskmann & Diehn wegen Veruntreuung bestraft worden. Der Betreffende sagte vor Gericht aus, er hätte nur einen Lohn von 18 Wfl. erhalten, und sei folgedessen sozusagen indirekt zu seiner Nahrungswaise gezwungen gewesen. Wenn die Firma aus dieser Sache die nötige Nutzenanwendung gezogen hat, so ist das gewiß recht erfreulich, und wir wünschen, daß auch anderweitig diese Ansicht Platz greife.

Berlin. Bei der Firma Levy & Strich erreichten unsere Kolleginnen und Kollegen im September 1902 neben der Erhöhung ihres Lohnes auch noch eine Verlängerung der Arbeitszeit von 1/2 Stunde täglich, sodaß nur 10 Stunden von da ab gearbeitet wurde. Die Inhaber der Firma erwiesen seiner Zeit ihren Arbeitern ein großes Entgegenkommen, indem fast sämtliche Forderungen acceptiert wurden. Einigen älteren Angestellten wurde sogar mehr bewilligt, als sie gefordert hatten. Heute können wir berichten, daß die Firma während der Wintermonate, vom 1. November bis 1. März, die Arbeitszeit auf 9 Stunden festsetzt hat, ohne dabei den Lohn zu reduzieren. Ein Arbeiter, der Mitglied des katholischen Arbeitervereins ist, konnte es nicht über sein frommes Herz bringen, die Geschäftsinhaber darauf aufmerksam zu machen, daß dann die Arbeiter eine Stunde weniger Lohn verdienen. Die Geßts sollten indes dieser Aufmerksamkeit keine Beachtung.

Die Ruhefrist der Ausnahmetage sieht auch das Berliner Kollegspräsidium ein. Die Zahl der Tage, an denen über 9 Uhr Abends hinaus die Läden offen gehalten werden dürfen, ist auf 15 für 1903, im Vorjahre noch 25, beschränkt worden. Im Dezember 1903 sind nur 8 Ausnahmetage zugelassen gegen 14 im Jahre 1902. Diese 15 Tage werden sich schließlich ebenfalls überflüssig erweisen.

Die Berliner Handelskammer ist eine verhältnismäßig recht junge Institution, dennoch hat sie es in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits verstanden, sich die „Liebe und Günst“ der Berliner gelehrten und nicht gelehrten Handelsarbeiter zu erwerben. Betand ist der Handelskammer Stellung zum 8 Uhr Abendschluss und nunmehr hat sie auch Gelegenheit genommen, ihre Anschauungen bezüglich der Sonntagsruhe der Dienstlichen zum Vortrage zu geben. Unter Anführung der bekannten Lädenhüter von Gründen erklärte sich die Handelskammer gegen eine Verkürzung der auf 6 Stunden normierten Sonntagsarbeit in Detailhandel. Bezüglich der Sonntagsruhe in den Fabriken, Großhandels- und Bankgeschäften wurde, wohl weil es so in einem Abwaschen ging, das gleiche Gutachten abgegeben. Und die Gründe, na hören wir mal:

„Die Sonn- und Feiertagsarbeit geht in Fabriken und Großgeschäften höchst selten über 2-3 Stunden hinaus; meistens wird auch in Wechsel-Schicht gearbeitet. Man kann also dem heilsamen Prozesse der allmählichen freiwilligen Arbeitsbeschränkung hier ohne Bedenken seinen Lauf lassen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß ein Teil der Großgeschäfte durch ein Verbot der Sonntagsarbeit stark geschädigt werden würde. Durchaus erforderlich ist die Sonntagsarbeit für die Spektionsgeschäfte; einmal wegen der Expedierung der Güter und Verfertigung der Winterendungen, die am Montag früh abzufertigen sind (es handelt sich dabei häufig um internationale Aufträge), dann wegen Wartung der Pferde, Buhen der Geschirre, Reparaturen an den Wagen etc. Zeitweilig ist in denjenigen Branchen, welche Saison-Artikel vertreiben, auf der Höhe der Saison wegen der Häufung dringlicher Aufträge Sonntagsarbeit für viele Geschäfte erforderlich, damit der ordnungsmäßige Geschäftsgang ungetrübt erhalten und Störungen vermieden werden. Unter diese Kategorien fällt ein großer Prozentsatz der Berliner Geschäfte. Sonntagsarbeit wird auch häufig wünschenswert, um die Vorlagen für die neue Saison zu prüfen, die Kollektionen für die auf die Tour gehenden Reisen fertig zu stellen, eilige Muster zu expedieren, Waaren für die an bestimmten Tagen abgehenden Uebersee-Dampfer verpacken zu machen, ferner um Wechnachten, für die Inventur, bei den Waarengeschäften zur Abwicklung der Ultimo-Regulierungen u. s. f. Aber auch für solche Betriebe, bei welchen die Beschäftigung nicht im Zusammenhang mit bestimmten Abschnitten des Jahres steht, kann sich durch besonders starken Geschäftsgang eilige Arbeit in solchen Mäße vorübergehend häufen, daß die Möglichkeit, sich durch teilweise Erledigung am Sonntag zu entlasten, sehr willkommen ist. Häufig genug kommt es vor, daß Angestellte, um a Jour zu kommen, aus eigenem Antriebe, ohne Anregung des Geßts, am Sonntage einige Minuten der Pflichterfüllung opfern. Es ist klar, daß alle diese zehrwellige Arbeit, deren Notwendigkeit sich mandmal erst im letzten Augenblicke ergibt, nicht für jeden Fall von der polizeilichen Genehmigung abhängig gemacht werden kann.“

Nun, wir sind etwas anderer Meinung. Die vollständige Sonntagsruhe ist ganz gut durchzuführen, wenn man nur will.

Es wird daher gut sein, wenn die Berliner Handelsarbeiter den Herren in der Handelskammer mal den Standpunkt bezüglich der Sonntagsruhe klar machen. Die Herren können ja in einer öffentlichen Versammlung ihren Standpunkt vertreten, wir werden gewiß nicht verlegen sein, ihnen die richtige Antwort darauf zu geben.

Kassel. Die Lage der in den Kohlenhandlungen thätigen Arbeiter und Kautcher ist wirklich eine glänzende zu nennen. Statt sich aber zu organisieren, um so bessere Arbeitsverhältnisse schaffen zu können, verfolgen sie sich gegenseitig die Ränfe blutig. So am zweiten Weihnachtstertage die Kautcher und der Plakmeister der Firma Keuffe. Beim Weidewegen hatten diese augencheinlich des Guten zu viel getan und gerieten nun in eine regelrechte Keilerei. Nicht genug, daß diese Leute einen Kollegen blutig schlugen, sie stellten denselben auch noch in eine 6 Meter tiefe Düngrerde. Ein Kollege, der ihn daraus befreite, wurde ebenfalls noch mit Schlägen traktiert. Die Sache wird nun vor dem Gerichte ihr Nach-

spiel haben. Der Unternehmer hat sämtliche Leute entlassen und sie können nun über ihre Unvernunft nachdenken.

Kollegen Kohlenarbeiter! Auf solche Weise bringen wir nur unsere Familien ins Unglück. Hinein in die Organisation, dort haben wir Unterstützung und Unterstützung in jeder Sache. Dort ist es uns möglich, über unsere mizlichen Arbeitsverhältnisse zu beraten und auf Mithilfe zu zählen.

Darum, Ihr Kohlenarbeiter bei Köhler, Neufse, Basse, Masche-Wühlhauen u. s. w., wollt Ihr Eure erdärmlichen Löhne von 16-18 Wfl. verbessern, wollt Ihr Euren Unternehmern als eine achtunggebende Macht gegenüberstehen, dann schließt Euch Alle dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an. Fort mit der Interesselosigkeit, fort mit allen persönlichen Reibereien, hinein in den Verband, nur durch den Verband ist es möglich, andere, bessere, menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Bremen. Die hiesige Handelskammer sagt in ihrem Jahresbericht von 1902:

Betreffs der Abfertigung der Stückgüter deuteten wir schon im vorigen Jahresbericht an, daß die Verkehrsinspektion mit Rücksicht auf den übermäßigen Andrang in der letzten Stunde von 6-7 Uhr Abends daran denke, den Annahmeschluss allgemein auf 6 Uhr Abends zu setzen. Diese Maßnahme ist seit dem 1. Juli angeordnet und dadurch beauerlicherweise vielfach die Möglichkeit genommen, die mit der Nachmittagspost eingehenden Bestellungen so auszuführen, daß die Sendungen noch am Abend desselben Tages abgehört werden. Die Handelskammer hat nicht unterlassen, diesen Gesichtspunkt der Eisenbahnverwaltung gegenüber zu betonen.“

Bremen steht noch, trotz des 6 Uhr-Abendschlusses und die Handelskammer kann nicht konstatieren, daß in Folge des 6 Uhr-Abendschlusses der Handel Bremens irgendwie gelitten hätte.

Breslau. Eine Lohnbewegung der Arbeiter in dem Kuttiger'schen Holz-Imprägnier-Werk war deshalb ausgebrochen, weil nach einem neuen Tarif bis zu 25 pSt. Abzüge gemacht werden sollten.

Die dort beschäftigten Kollegen legten einmütig die Arbeit nieder und beauftragten den Kollegen Zimmer mit den weiteren Verhandlungen. Diese wurden vorläufig auch zu einem befriedigenden Abschluß gebracht, und die Arbeit sofort wieder aufgenommen.

Kollege Zimmer wurde bei der Direktion der Kuttiger'schen Werke in Berlin persönlich vorstellig, und von dem Herrn General-Direktor v. Dulong auf das Freundlichste empfangen.

Herr v. Dulong erklärte nun nach längeren Verhandlungen, daß zwar wohl Abzüge gemacht werden würden, daß aber in Breslau erst über die Höhe noch einmal verhandelt werden soll. Als zum Abschluss der Verhandlungen werden die alten Vorfälle gehabt.

Herr v. Dulong meinte ferner, daß es ihm lieb sei, wenn die Arbeiter in unserem Verbandsorganisiert seien, und wünschte, daß Zimmer auch die Arbeiter in Groß-Oheln in Oberschlesien, sowie in Bronte in Posen organisieren möge, er würde gegebenenfalls lieber mit der Organisation als mit den einzelnen Arbeitern verhandeln.

Sozial-Vachtung vor dem Koalitionsrecht der Arbeiter und sozialpolitisches Verständnis und Wohlwollen für die unterstellten Arbeiter entwideln leider nur recht wenige Arbeitgeber in unserem Verbands, und könnte so mancher Streik und so manche Ausperrung vermieden werden, wenn unsere Arbeitgeber sammt und sonders nur ebenso verständig und vernünftig handeln würden, als Herr Direktor v. Dulong.

Den Arbeitern mag es aber ferner eine Lehre sein, sich fest zu organisieren, dann werden auch die Arbeitgeber Achtung vor ihnen und der Organisation haben.

Dresden. Aus den Konsum-Vereinen. Die Kollegen Kautcher und Martthelher der Konsum-Vereine von Dresden und Umgebung wollten am Sonntag, den 23. November 1902, eine Besprechung abhalten. Von dem Verbandsbeamten wurden die Einladungen hierzu bereits am 18. November erlassen in Form von hektographierten Schreiben, die als Drucksache verandt wurden. Das Schreiben für die Kollegen des Konsum-Vereins Striesen wurde vom Postboten im Kontor abgegeben. Eigentümlicher Weise erhielt der Kollege, an welchen das Schreiben adressiert war, dieses nicht, sondern zum 23. November am 18. bis 23. November zurück. Am 23. November Vormittags (Nachmittags) sollte die Besprechung stattfinden, handigte man das Schreiben endlich in einem Restaurant beim Flugblattstragen nicht etwa dem Adressaten, sondern dessen Vorgesetzten ein. Dies Vorgehen ist zum mindesten sehr eigenwillig und äußerst nahe liegt die Vermutung, daß das Schreiben im Kontor gelesen und so lange zurückgehalten wurde, damit die Kollegen des Konsum-Vereins Striesen an der Besprechung nicht teilnehmen konnten, welche Absicht ja auch erreicht wurde.

In der Besprechung wurde beschlossen, an die Konsum-Vereine von Dresden und Umgebung heranzutreten mit folgenden Forderungen: 1. Einföhrung des Achtstundentages, 2. Einföhrung einer Lohnstaffel von 21-27 Wfl., welche in drei Jahren erreicht wird, 3. Beseugung des Arbeitsnachweises unseres Verbandes.

Die diesbezüglichen Schreiben wurden mit ausführlicher Begründung abgeandt. Der Konsum-Verein zu Deuben bewilligte Alles, der Konsum-Verein zu Niederselbzig geschloß sich noch von den Verwaltungen der Konsum-Vereine Goltshappel, Böhlan und Pieschen. Die Verwaltung des Konsum-Vereins „Vorwärts“ zu Dresden schreibt, daß sie sich in ihrer Sitzung mit den Forderungen beschäftigt, jedoch einen Beschluß nicht gefaßt hat. Meinste soll vom Konsum-Verein „Vorwärts“ ein Meinungs-austausch mit den anderen Konsum-Vereinen von Dresden und Umgebung herbeigeföhrt werden.

Wir haben unsere Stellung zu den Konsum-Vereinen bereits wiederholt ausführlich dargelegt und können nur daher auf eine nochmalige Darlegung unseres Standpunktes verzichten. Die Frage der Arbeitsverhältnisse in

beträgt dieser Löhntlohn 26,45 Mk. und in den Fiktalen Planh, Ostal und Marienthal 25,45 Mk. bei gleicher Arbeitszeit.

Weglich der Ueberstunden erklären unsere Kollegen schon im Sommer 1901 in einer Eingabe an die Verwaltung, daß sie nicht die Ueberstunden der Zahl nach bezahlt haben wollen, sondern lediglich eine wöchentliche Zulage beanspruchen. Ferner muß auch gegeben werden, daß die ehemals große Zahl der Ueberstunden auf ein einziges Maß zusammengeschwunden ist. Durch die Einführung der Lohnstaffel ist eine ganze Legion Oaber und Streit unter den Angestellten aus der Welt geschafft worden.

Die Organisation kann aber nimmer von den im Konsumverein beschäftigten Kollegen wohl mit Recht verlangen, daß sie ihre Kräfte etwas mehr als bisher in den Dienst des Verbandes stellen. Die Zahl der Kollegen, die in Zwaidau und Umgegend dem Verbande angehört, entspricht durchaus nicht dem Umfange, daß an diesem Orte so viele unabhängige und nicht ganz schlecht bezahlte Kollegen vorhanden sind, die, wenn sie wollten, recht viel für den Verband thun könnten. Wir erwarten, daß die im Konsumverein thätigen Kollegen sich auf ihre Pflichten besinnen und ihre Arbeitskraft etwas mehr als bisher in den Dienst der Organisation stellen werden.

Straßenbahnen.

Berlin. Die Prosigler kreibt die „Große“ zu innerer gefährlicheren Experimenten. Seit dem 1. Dezember v. J. werden die Wagen der Linie 92, Gieseler Bahnhof—Victoria-Platz, bis Wilmersdorf bezw. Dantestee weitergeführt. Auf der letzteren Linie beträgt die Fahrzeit 38 Minuten und ist mit Orange eines Theiles der Haltezeit noch immer inne zu halten, auf der Wilmersdorfer Linie beträgt die Fahrzeit dagegen nur 27 Minuten, diese ist völlig unzureichend, umso mehr, als die Wagen in Wilmersdorf keine Haltezeit haben. Auf Verlangen der Fahrer ist nicht etwa die Fahrzeit verlängert worden, sondern die Direktion hat amtlich in der Straßenbahn bekannt gegeben, die Aufsichtsberechtigten seien angewiesen, auf pünktliches Eintreffen der Wagen an den Kontrollpunkten zu achten. Infolgedessen regnet es jetzt Meldungen. Um den Meldungen zu entgegen, müssen die Fahrer ein Tempo einschlagen, welches mit großen Gefahren für Fahrwerte und Passanten, Fahrgäste und Angestellte verbunden ist. Die Situation wird noch verschärft dadurch, daß auf Wilmersdorfer Gebiet die Straßen so eng sind und infolgedessen das Fahrwert auf den Schienen fahren muß. Dieser Theil ist etwa zwei Kilometer lang, es sind sechs Weichen und neun scharfe Kurven zu passieren und dazu haben die Fahrer 7 1/2 Min. Zeit. Als all die Verweise an die Fahrer doch nicht erreicht, daß die Wagen zur Zeit am Potsdamerplatz eintrafen, erschien eines Tages als rettender Engel Herr Sprenger auf dem Plan. Aber o weh, auch er kam mit großer Verpätung, obwohl er augenscheinlich seine Energie, die er sonst für die Wagenführung entfaltet, diesmal auf die Motore übertragen hatte. Die Fahrer sind nun weniger, ob endlich Abhilfe geschaffen wird.

Den Vogel kennt man am Gefieder. Gelegentlich der Feste im Friedrichshain und in der Konfordinde der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Kommerzienrat Arnold, 1000 Mk. für die Wäfler. Der Vorstand des Mchervereins dachte, halt, da kamst du die auch mal einen guten Tag machen und veranstaltete von einem Theil des Betrages für sich und seine nächsten Freunde ein solennes Eisbeisessen. Obwohl dieses Essen nur für die intimsten Kreise bestimmt war, fehlten dort doch die zuverlässigen Berichterstatter unseres Blattes nicht. Und so erfahren wir dann, was Vorstandsmittglieder des Mchervereins für Geister, wenn sie einmal unter sich sind. Wir müssen offen gestehen, daß wir diese Leute niemals besonders hoch eingeschätzt haben, denn wenn sie wirklich Charaktere wären, würden sie sich zu dem Buppenpiel im Mcherverein gar nicht hergeben. Wir haben aber doch wirklich nicht geglaubt, daß sich hinter der Vereinskleitung ein solcher Stumpf von Gemeinheit verbirgt, wie es sich bei erwähnten Eisbeisessen herausgestellt hat. Nach den dort gewonnenen Erfahrungen müssen wir gestehen, daß wir nimmer an der Richtigkeit der Darwinischen Theorie, Menschen und Affen hätten gleiche Urettern gehabt, sehr zu zweifeln beginnen. Wir glauben vielmehr ganz sicher, daß ein Theil der Menschen von einem sonst nützlichen Dausstiere, das die Gewohnheit hat, sich grunzend in tiefsten Schmutze herumzuwälzen, abstammen muß. Es wäre sonst nicht möglich, daß unter Menschen Dinge vorkommen, wie sie bei jenem Eisbeisessen von den Lieblingen der Direktion verübt worden sind und gegen deren auch nur andeutungsweise Wiedergabe sich die Feder sträubt. Die Herren haben es dort so arg getrieben, sie haben so gegen alle Sitte und Moralität verstoßen, daß sie im Betretungsfall ein weigerlich dem Strafrichter verfallen würden.

Dem Herrn Kothé und noch vielen anderen, die noch nicht auf die moralische Höhe gewisser Leute herabgesehen sind, ist die Schamröthe ob des Treibens ins Gesicht geflossen und sie haben das Lokal verlassen. Aus den Liedern, die von den Leuten gesungen wurden, jenen Leuten, die von Patriotismus und Vaterlandsliebe nur so triefen, hier nur ein ganz kleines Bröckchen:

Gefährlich ist's vom Schwein zu dichten,
Sofern man rein noch ist und brau;
Die Herren Kritiker, sie rüchten
Und fertig ist — ein Vornography.
Nedoch beim Weine von dem Schweine
Klingt auch ein Schweinegymnus reine."

Und zum Schluß: „Verrathet nicht etwa den Dichter von dieser Schweinerei hier.“

Alles andere ist aus preisgezüglichen, ästhetischen und sittlichen Gründen nicht wiederzugeben. Doch auch diese Zeilen sagen schon genug. Sie sagen uns mit eigener Sprache, wie tief, wie unendlich tief in den unzivilisierten Jahrhunderten noch Menschen stehen. Keine Menschen, die uns, den Sozialisten, vorwerfen, daß wir Ehe, Staat und Familie zerstören wollen, weil sie in der

Finsterniß, im Schmutz, in der Heuchelei und Kriecherei groß geworden sind und nicht zu begreifen vermögen, daß es wirklich Menschen giebt, die hohe und hehre Ziele verfolgen.

Ob es die Direktion nicht eckelt, von Leuten angehoch und verberichtet zu werden, die moralisch und sittlich tief unter dem Thiere stehen? Wohl dauern uns die armen Wesen, denen Moral und Sittlichkeit ein so unbekannter Begriff ist, aber wir müssen den Angestellten rathen, sich von jenen Leuten fernzuhalten, damit sie nicht ebenfalls verrohen, damit sie nicht von dieser Pestkrankheit ebenfalls angesteckt werden.

Uns ist es wirklich begreiflich, daß eine große Bewegung unter den Straßenbahnen ob jener Vorkommnisse platzgegriffen hat, daß sie nicht länger einer Verachtung angehören wollen, in deren Leitung Leute sitzen, die es mit Sitte und Moral nicht genau nehmen.

Die Direktion wird es begreifen, wenn die Angestellten in Massen einen Verein den Rücken kehren, der ihren Anschauungen von Moral und Sitte direkt ins Gesicht schlägt.

Die Straßenbahner haben bisher ihren Stolz in jeder Beziehung eingekerkert, sie wollen dies auch in Zukunft thun. Niemand soll im Stande sein, den Straßenbahnen in Bezug auf Moral, Sitte und Schamgefühl das Geringste nachzulegen zu können.

Dresden. Der Kontrollleur Wolff vom Depot Mitteln der Dresdener (gelben) Straßenbahn hat am 24. Dezember ein nettes Stückchen ausgeführt. Ein Wagen der Linie Postplatz—Mitteln hatte Verpätung, weil am Postplatz nicht Alles klappte. Der Führer, ein alter, im Dienste ergrauter Mann, fuhr nun vorwärts nicht mehr, unbekümmert darum, ob er die verlorene Zeit eingeholt. Wäre er schneller gefahren, so hätte er sich strafbar gemacht und wäre vielleicht vom Kontrollleur Wolff oder einem Anderen angezeigt worden. Bei Stadt Weg erstehen nun aber Kontrollleur Wolff und wollte dem künftigen Führer zeigen, wie er fahren soll. Deshalb führte er den Wagen selbst, schaltete stark ein und fuhr, wenige Meter weiter, in das Gesicht der Firma Herrn Taubert, Freibergstraße 16. Bei sämtlichen Angestellten herrscht große Gemüthsbewegung, denn Wolff ist durch sein Gebahren dem Personal gegenüber geradezu berüchtigt. Er war einer derjenigen, die die Missethäter in Vöfeln gefesselt und die deshalb den Kopf gar hoch tragen können. Jetzt geht er herum wie ein begossener Kuebel. Daß er sich sofort bereit erklärt hat, der Firma Taubert allen Schaden zu vergüten, kann an der Sache gar nichts ändern. Gines möchten wir dem Herrn Kontrollleur zurufen: So müth kommt vor dem Fall.

Dresden. Deutsche (rothe) Straßenbahngesellschaft. Wir berichten früher über eine Verfügung des Herrn Direktor Stöfner, in der er vom Personal dem Strafe androhte, wenn nachgewiesen wird, daß er seine Nothdurft an den am Wagen angebrachten Sandtreuvorrichtungen verrichtet, was aber nur geschieht, weil das Personal zu wenig Zeit auf den Enbstationen hat oder kein Wasser in der Nähe ist. Wer bei dieser Uebertretung betroffen wird, wird mit Suspens bestraft, gerade wie bei der Schlaflosigkeit.

Bei der Linie Hauptplatz—Grenadierskasernen haben die Angestellten an der Enbstation (Grenadierskasernen) überhaupt keine Gelegenheit, ihre Nothdurft verrichten zu können, und am Hauptplatz ist die Haltezeit 2 1/2 Minuten, also so kurz, daß es unmöglich ist, den Wagen zu verlassen.

Durch einige Wagen, die mit Stromzählern ausgestattet worden sind, ermächtigt dem Personal viel Hobelei. Mit diesen Wagen zu fahren hält jeder für eine Strafe; jeder giebt sich Mühe, wenig Strom zu verbrauchen, denn sonst wird er eventuell in das Bureau bestellt, wo er zu Protokoll geben muß, weshalb er zu viel Strom verbraucht. Dann folgen die nöthigen Geld- und Verweisstrafen. Kürzlich wurde ein Stromzählerwagen im Depot III in der Wagenhalle angetroffen, bei dem der Strom eingeschalten und der fest angebremselt war, wodurch der Wagen in Brand gerathen mußte, wenn nicht noch rechtzeitig ein Schlosser bemerkte, daß der Wagen bei dem Zähler schon zu rauchen anfing. Es ließ sich nicht feststellen, wer diese Frevelthat begangen hat. Der Herr Direktor verprag dem 10 Mk. Belohnung, der Aufschluß geben kann, wer diese That begangen hat. Es hat sich aber bis jetzt keiner gemeldet, um diesen Judaslohn zu verdienen. Da dem Personal so viel Unannehmlichkeiten bei dem Stromverbrauch erwachsen, so darf man sich nicht wundern, wenn jemand auf solche Weise Rache nimmt; daß es böswillig geschehen ist, wird allgemein angenommen. Oft werden Verfassungen erlassen wegen der vielen Zusammenstöße; schwierige Schienen sollen nicht als Entschuldigungsgrund gelten. Man könnte der Direktion den guten Rath geben, für praktische Sandtreuvorrichtungen auch einmal etwas auszugeben, ebenso wie für die Stromzähler, dann würde vielleicht manches Unglück vermieden, denn die festgen Sandtreuer sind für den Gefährtsfall wenig verwendbar. Die Verberber sieht wohl ein, daß schwierige Schienen Zusammenstöße verursachen können, denn sie erklärt öfter dementsprechende Bekanninmationen an die Geschäftsführer; die Direktion mag aber ihren Leuten bekannt, daß nach behördlicher Verfügung schließliche Schienen nicht als Entschuldigungsgrund gelten. Auch die ungleiche Eintheilung der Fahrzeiten ist zu beklagen.

Ein besonderer Uebelstand ist noch der Usus, daß schon mehrere Tage angeschrieben wird: der und der Führer hat sich im Bureau zu melden. Die meisten Führer haben keine Ahnung, warum sie sich melden sollen und zerbrechen sich daher Tag und Nacht den Kopf, denn von joch einer Bestellung hängt sehr viel ab. Dadurch werden die Angestellten ängstlich, und ihre Aufmerksamkeit wird vom Dienst abgelenkt.

Die rothe Straßenbahn ist derselbe Betrieb, denn kürzlich ein hiesiges Gericht durch Verurteilung eines Schaffners zur Aufrechterhaltung der Disziplin beisperrung. Wichtig ist freilich, je miserabler die Arbeits- und Lohnverhältnisse, desto unwilliger und unzufriedener die Arbeiter, und in Folge dessen desto schwieriger, die

nöthige Disziplin hoch zu halten. Der Allgemeinheit wird aber nicht durch berartige Gerichtsentscheide, sondern nur durch Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gebietet.

Transportarbeiter.

Die Neue Berliner Omnibus-Gesellschaft ist bekanntlich finanziell am Ende ihres Latens. Der 10 Pf.-Tarif der Straßenbahnen hat die Rentabilität dieses Unternehmens vernichtet. Dennoch will das schwindliche, dem Tode schon geweihte Unternehmen nicht sterben, sondern auf Kosten seiner Angestellten weiter vegetiren. Der Direktor Franz, ein pensionirter Schnelbeger, Oberst, will seiner Person den Ruhm sichern, das Unternehmen dem Pleitegeier entziehen zu haben.

Laut Fahrplan dauert die Arbeitszeit für das Fahrpersonal im Sommer 17, im Winter 15 Stunden und 20 Minuten. Während dieser gewiß nicht kurzen Arbeitszeit giebt es nur Rausen von 6—10 Minuten, während deren umgepant und gefressen werden muß. Und das bei einem Anfangsgehalt von 60 Mk. pro Monat für Schaffner. Dieses Gehalt steigt successive bis 90 Mk., letztere Staffel wird aber erst nach 10jähriger Dienzeit erreicht. Strafen hagelt es nur so. Herr Franz verhängt sie nach Willkür. Den Schaffnern ist streng aufgetragen, ja keinen Fahrgast stehen zu lassen, wer aber den Wagen überladet, wird von der Polizei mit Strafen von 3—15 Mk. belegt. Begehrt der Schaffner dies Begehren öfter als dreimal, so kann ihn die Polizei den Fahrgast entziehen. Trotzdem theilte der Depotverwalter den Schaffnern mit, der Direktor Franz habe gesagt: „Die Welt ist schmeißt alle hinaus, die mir zu wenig Kaffe bringen.“ Nun, wir beneiden den Oberst Franz um keine „feine“ Bildung wirklich nicht, sie riecht recht sehr nach der Detrationsbrünnel, aber durchaus nicht nach einem sozial hochstehenden Arbeitergeber.

Herr Franz hat nun kürzlich auch diese Drohung wahr gemacht. Das beweist folgende, von uns genant kopirte Dienstbescheinigung eines Schaffners.

„Neue Berliner Omnibus-Atien-Gesellschaft“,
Vlegnisstraße 15.

Dienstbescheinigung.

Wir bescheinigen hierdurch dem Schaffner H. G., geboren am 4. September 1855 zu Stolzenhagen, daß er vom 13. Oktober 1884 bis zum 16. Januar 1903 in unseren Diensten gestanden hat. Entlassungsgrund: anbauend zu geringe Einnahme.

Berlin, 19. Januar 1903.
„Neue Berliner Omnibus-Gesellschaft“
Franz.

Thatsächlich hat G. aber im Monat November 125 Mk., im Dezember 96 Pf., im Januar 61 Pf. pro Tag-Einnahme über die tägliche Durchschnitts-Einnahme gehabt. Der Grund der Entlassung wird also wohl darin liegen, daß G. zu hohes Gehalt bezogen hat. Zwei andere Schaffner sind zu gleicher Zeit ebenfalls aus gleichem Grunde entlassen worden. Die Bemerkung auf dem Schaffners Zeugniß lautet: Entlassungsgrund auffallend schlechte Einnahme am 5. Dezember 1902 und öfters schlechte Einnahme. Auch diese beiden Schaffner waren nahezu 7 Jahre im Dienst. Vor dem Gewerbegericht wird dem Herrn Oberst klar gemacht werden, was er nicht ins Zeugniß schreiben darf. Die Kritik über diese Dinge überlassen wir unseren Lesern, wir finden die geeigneten Worte nicht dafür. Nur eins, diese Zeugnisse sind ein klaffendes Denkmal der Zeiten Schande.

Breslau. Ungerener hohe Löhne zahlt die hiesige Omnibusgesellschaft ihren Schaffnern und Führern. Gehalt der Kutscher nur 60—70 Mk. per Monat, so muß der Schaffner sich schon mit 50 Mk. per Monat Anfangsgehalt begnügen, denn die Gesellschaft rechnet ja darauf, daß die Fahrgäste den armen Teufeln gelegentlich 5 Pf. Trinkgeld giebt.

Es ist ja auch äußerst bequem, erst führt man den 5 Pf.-Tarif ein, und dann haben zuletzt auch noch die Fahrgäste das zweifelhafte Vergnügen, die Schaffner zum Theil zu bezahlen.

Denn das glaubt wohl der Herr Direktor John selbst nicht, daß ein Familienvater mit 60 Mk. p. Monat leben kann, ohne zu kletten. Von diesen 60 Mk. gehen Versicherungsbeiträge und Kleibergebe r. ab.

Herr John ist doch nicht etwa der Meinung, die Omnibus-Schaffner werden sich an den Einnahmen ebenso bereichern, als es die vormalige verdrachte Omnibusgesellschaft, in deren Vertriebsleitung ja Herr John ebenfalls beschäftigt war, fertig brachte, die gesammelten Kauttionen ihrer Angestellten zu verbrauchen, denn kein Konkursausbruch waren im Geldschrank nur einige Pfennige vorhanden, und gelang es nur mit der energischen Hilfe des Verbandes, den Angestellten ihre Kautionsgelder nach einer Anzahl Termine zu retten.

Ober sollen die Angestellten auch einen so schwinghaften Zigarettenhandel treiben wie Herr Baumgarten?

Bezaßt der „Omnibus-Verkehr“ Herrn Baumgarten dafür, daß er für seinen Bruder in Geschäftsbetriebe des Omnibus-Verkehrs Finanzgeschäfte abwickeln darf?

Die Angestellten sollen ja auch diese Zigaretten auf Kredit bekommen — natürlich nur bis zur Löhnung, und wenn da Jemand ein recht starker Raucher ist, so dürfte wohl dann für die Familie nicht allzuviel übrig bleiben. Recht eigenartig ist es mit der neuen Betriebs-rep. Arbeitsordnung. In der nimmer besichtigten Hand die Bestimmung, daß die Angestellten resp. Schaffner nach einem Jahre 60 Mk. Gehalt erhalten, nach der neuen — erst nach 2 Jahren.

Diese neue Arbeitsordnung trägt (im Depot Potsdamerstraße) allerdings nicht den Stempel des Polizei-Präsidenten, und denken sich die Angestellten so Hielertit dabei. Der Schaffner Weiswe wurde entlassen, weil er unhöflich gewesen sein soll.

Den Weiswe, um den auch die Ortsverwaltung unseres Verbandes ersuchte — hat man allerdings nicht erbracht.

Und da schreibt Herr John noch, im Vertriebe des Breslauer Omnibusverkehrs herrliche vollste Gerechtigkeit!

Mit dem bei den Angestellten so sehr beliebten (?) Depotverwalter Radel werden wir uns in der nächsten Nummer recht eingehend beschäftigen.

Die Möbeltransport-Unternehmer versuchen auf eine nicht ganz ungehörige Weise unserem Verband das Wasser abzugraben. In der letzten Versammlung des Vereins Berliner Möbeltransporteure berichtet man über die Errichtung einer Krankenzusatzkasse, verschiedene Unternehmer, bei denen solche bereits besteht, wurden ins Feld geführt. Von einem Anschluß hat man für diesmal noch abgesehen, immerhin soll die Sache im Auge behalten werden. Unser Verband wird gut thun, auf seiner Generalversammlung in Hamburg die allgemeine Regelung der Krankenunterstützung durchzuführen. In der gleichen Unternehmer-Versammlung wurde über den Entwurf einer Arbeitsordnung Bericht erstattet, wofür sich seitens der Anwesenden lebhaftes Interesse bekundete. Nach Berücksichtigung mehrerer Wünsche soll der nächsten Versammlung der fertige Entwurf zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Wir können uns schon denken, wie dieses Ding von Arbeiterordnung ausseht, wenn es den Unternehmern gar so gut gefällt. Die Arbeiter dazu um ihre Meinung zu fragen, darüber sind die Herrschaften erhaben, trotzdem dies das Gesetz ausdrücklich vorschreibt. Aber auf das Gesetz wird geachtet, und die Arbeiter mögen sehen, wie sie dabei wegkommen.

Es wird Zeit, daß die Möbeltransport-Arbeiter sich wieder gehörig rühren, sonst geht es ihnen wie den besannten Holzgerben, denen die Felle weggeschwommen sind.

Bremerhaven. (Jahresbericht.) Nach eifriger Agitation einzelner Verursachter wurde am 13. September 1902 vom hiesigen Gewerkschaftsrat eine Versammlung sämtlicher in den Expeditionsgeschäften beschäftigten Arbeiter einberufen zwecks Gründung einer Organisation. Nach einem Referat des Kollegen Humpel-Damburg und lebhafter Diskussion entschied sich die Mehrzahl der Anwesenden für Gründung einer Verwaltungsstelle unseres Verbandes. Von den ca. 120 Anwesenden ließen sich an diesem Tage gleich 71 Kollegen aufzeichnen. Hiermit war der Grundstein für unsere Verwaltungsstelle gelegt. Die weitere Entwicklung zeigt die nachstehende Tabelle:

| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | |
|--------------|--------------------|------------------------|-----------------------------|---------------------|----------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|
| Verursachter | Su. Sub. Redakteur | Eingeladene Mitglieder | Eingegangene Jahresbeiträge | Bezahlte Mitglieder | Stranten-Unterstütz. | Stranten-Unterstütz. (ausgewählte) | Stranten-Unterstütz. (ausgewählte) | Stranten-Unterstütz. (ausgewählte) | Stranten-Unterstütz. (ausgewählte) | Stranten-Unterstütz. (ausgewählte) |
| 1901 | 180 | 2071 | 190 | 190 | 190 | 190 | 190 | 190 | 190 | 190 |
| 1902 | 681 | 13491 | 618,30 | 74 | 4,34 | 321,16 | 63,00 | 80,00 | 123,00 | 76 |
| | | | | | | | | | | 12 57 |

Im Juli 1902 wurde eine Agitation unter den Fischereiarbeitern entfaltet, welche auch von Erfolg war. Bei den Kollegen Straßenbahnern hatten wir leider wenig Erfolg. Dieses liegt einerseits an der langen, überanstrengenden Arbeitszeit im Straßenbahnbetriebe, andererseits an der Gegenagitation der Direktion und ihrer Helfershelfer.

Die einzelnen Berufe sind jetzt in folgender Stärke vertreten:

- Baumwollspinnungsarbeiter . . . 489
- Bahnspinnungsmitglieder . . . 58
- Fischereiarbeiter . . . 48
- Kohlenarbeiter . . . 8
- Straßenbahner . . . 8
- Kutscher . . . 5
- Selbständige . . . 7
- Weibliche Mitglieder . . . 1

Dem Kassenbericht entnehmen wir Folgendes: Die Einnahmen betragen 6727,40 Mk., die Ausgaben 4270,11 Mk., so daß ein Kassenbestand von 1457,29 Mk. vorhanden ist. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: An die Hauptkasse 2712,88 Mk., für Krankenunterstützung 821,16 Mk., Sterbeunterstützung 65 Mk. und Ertraunterstützung 80 Mk.

Gleich zu Anfang des Berichtsjahres wurde ein Antrag auf Einrichtung einer Stranten- und Sterbe-Unterstützungskasse eingebracht, welche am 1. April ins Leben trat. Da die Unterstühtungssätze von Anfang etwas niedrig waren, wurden diese bereits zum 1. Oktober um ein Bedeutendes erhöht, sodas nach einjähriger Mitgliedschaft schon eine Unterstühtung von 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von 6 Wochen gezahlt wird. Bei dieser Einrichtung mußte der Beitrag selbstverständlich erhöht werden und wie bei allen Neueinrichtungen zeigten sich auch hier einige ängstliche Gemüther, welche uns den Untergang prophezeiten. Dieses ist zu unserer Freude nicht eingetreten.

Die Arbeitgeber haben unsere Organisation anerkannt als die Vertretung ihrer Arbeiter. Für die Nebenstunden von 6-8 Uhr Abends sind 10 resp. 25 Pf. Lohnerhöhung erreicht worden. Ist nun auch in diesem Jahre noch kein gleichmäßiger Lohnsatz erzielt, so können wir doch mit dem Erfolg vollständig zufrieden sein. Gerechtlich ist, daß unser Verband sich überall Anerkennung verschafft; überall, wo unsere Herren Arbeitgeber zu Rathe sitzen, beschäftigen sie sich mit uns, das beweisen ihre Maßregeln. Kollegen, wenn wir nun auch schon etwas erreicht haben, so dürfen wir doch nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen noch viel mehr arbeiten für die Organisation, als wie bis jetzt getan. Wie das Jahr 1902, so soll auch das kommende Jahr ein Merkstein in der Geschichte unserer Verwaltungsstelle sein. Das Jahr 1903 soll uns zu neuen Siegen führen. Das

dies geschehe, dafür wollen wir einstehen und treu zusammenhalten zum Besten Aller.

Duisburg. Die hiesigen Fuhrleute können sich durchaus nicht darüber beklagen, daß ihre Arbeitsverhältnisse zu rosig seien. Der Fuhrunternehmer W. hatte einen Fuhrmann seit 4 Jahren im Geschäft. Der Lohn des Kollegen schien aber dem Unternehmer etwas hoch und folgedessen gab er jenem so viel Aufträge, daß er sie unmöglich alle richtig ausführen konnte. Darüber gab es nun Strach und die Folge war, daß der Kollege seiner Wege gehen konnte. W. hat sich dann eine billigere Arbeitskraft angenommen.

Ein anderer hiesiger Fuhrunternehmer sucht jede Woche in der Zeitung tüchtige Fuhrleute und dies, obwohl Hunderte von Kollegen auf der Straße herumlaufen. Nur verbeirathete Fuhrleute finden indeß bei bereitem Herrn Berücksichtigung, diese müssen sich in Anbetracht ihrer Familie mehr gefallen lassen wie dies unverteirathete zu thun brauchen. Alles in Allem haben die Kollegen am Orte Ursache genug, sich um ihre Organisation, dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, zu bestimmen. Der Verband bietet jedem Kollegen große Vorteile. Letztes Jahr mal die Statuten des Verbandes durch, Kollegen, dann wird es Euch klar werden, daß alle Fuhrleute Mitglieder werden müssen. Von unseren Arbeitgebern, von den Unternehmern haben wir nichts zu hoffen. Wir müssen uns selbst helfen, indem wir uns organisiren.

Elberfeld. Unsere Fuhrwerksbesitzer lassen bei jeder Gelegenheit ihre wirtschaftliche Uebermacht dem aufblühenden Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter spüren. — Wie lange noch — und der Verband redet mal ein ernstes Wort mit den so hochmuthigen Herren! An der Spitze der Verbandsfreier marschirt die in dieser Hinsicht zur traugigen Berühmtheit gelangte Firma Wörth. Berühmt durch die pünktliche Bezahlung Sonntags Mittags, berühmt durch die Proprietät der Arbeiter-Wohnungen — für ca. fünfzig Mann sind ganze zwei — sage und schreibe: zwei Handtücher vorhanden. Vor einigen Wochen erleidet ein Arbeiter einen Armbruch und kommt ins Krankenhaus. Betreffender Arbeiter wohnt bei Wörth. Seine Frau kommt nieder. Der Mann im Krankenhaus, die Frau im Wochenbett! Von dem „hohen“ Lohn konnte nicht viel auf die hohe Kante gelegt werden. Die Miethe wird fällig und Herr Wörth verlangt dieselbe. Alle Vorstellungen, daß das Arbeitsverhältnis noch besteht, wenn der Mann aus dem Krankenhaus entlassen wird und so die Miethe nicht verloren geht, läßt Herr Wörth kalt. Als der Arbeiter sich zur letzten Arbeit meldet, erhält er von Herrn Wörth die „tröstliche“ Antwort: „Leute mit krummen Knochen kann ich nicht gebrauchen, ich muß Leute mit gesunden Knochen haben.“ Nun, bei den erkrankten Sachen giebt es hellere Momente und hätte gerade Herr Wörth mit Rücksicht auf seine Körperkonstitution den Ausdruck besser unterlassen. Arbeitslos war unser Mitglied nun, es sollte aber auch nothwendig werden, und so klagte Herr Wörth auf Räumung mit dem Erfolg, daß er unter Verzicht auf die rückständige Miethe den Arbeiter herauswimmeln darf. Der betreffende Arbeiter war 12 Jahre bei H. Wörth beschäftigt, meistens bei der schwersten ungesundesten Arbeit. Nun ist die Bittre ausgequ coast, hinweg mit der Schale. (Echt kapitalistisch!)

Gleichfalls ein sehr „ordnungsliebender“ Arbeitgeber ist Herr Vogelfang, Kolonialwaaren Engros, Alfenstraße. Die Arbeitszeit beginnt Punkt 6 Uhr Morgens und dauert bis Abends 10, 11, 12, ja oft 1 Uhr. Kommt ein Kutscher vor 8 Uhr nach Haus, so muß er noch nach der Bahn Material abfahren, damit ja nicht etwa „schon“ um 9 Uhr Feierabend ist, es müssen ja über 15 Stunden Arbeit herauskommen. Auch hier wurde ein Kollege entlassen, weil er es Herrn Vogelfang nicht schriftlich geben wollte, sich so lange ausbeuten zu lassen und mit Aufhebung der bisher üblichen vierzehntägigen Kündigung nicht einverstanden war. Der Kollege war zweidreiviertel Jahre bei W. beschäftigt und erhielt 14 Tage Lohn ausbezahlt. Hätte er den fraglichen Reners unterschrieben, wäre er doch entlassen und der 14 Tage-Lohn verfallig. Der Verwalter der Baumaterialienhandlung S. Aimmert, Breitestraße, entließ einen Kutscher, weil derselbe vor einer Wirtshaus hielt und ein Gießen befehlen ließ. Durch einen Schumann kann bezogen werden, daß der Kutscher nicht in der Wirtshaus war; es hilft nichts, hinaus mit dem „Verbändler“!

So könnte weiter berichtet werden über eine Unmenge Uebelstände im Fuhrwerksbetriebe, jedoch die Kritik allein befähigt dieselben nicht, dazu gehört eine gute kräftige Organisation. Diese zu stützen muß jeder im Beruf thätige Kollege sich zur Pflicht machen. Der Unternehmerwillekt würde erst dann ein Damm entgegengeleitet werden können, wenn die Organisation den weitestgehenden Theil der Berufscollegen umfaßt. Darum sei im nächsten Jahr aller Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Parole: Ginein in den Verband, in Waffen!

Rotterdam. Hier ist zur Zeit ein Streit der Rollfuhrleute eines sehr ausgedehnten Speditionsgeschäftes ausgebrochen. Da Angestellte aus einem Haager Zweiggeschäft die Arbeiten an Stelle der Streikenden ausführen, müssen diese natürlich von der Pollzeit gestützt werden. Auf jedem Rollwagen der Firma sieht man daher neben dem Kutscher einen Polizisten oder Soldaten in Uniform sitzen, welches eigenartige und noch ungewohnte Schauspiel bei der Bevölkerung mit großem Gelächter aufgenommen wird.

Ganz wie bei uns!

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Plauenscher Grund. In der Mitgliederversammlung am 14. December 1902 sprach Genosse Max Rischhoff über die gesündlichen Nachtheile des Kutscherberufs. Hierauf erwiderte Kollege Koller vier verschiedentliche geschäftliche Dinge und die Kassenredition Bericht. Weiter

lam Redner auf den Vorschlag betreffs Gründung einer Wittwen- und Waisenkasse zu sprechen und betonte, daß diese nicht von der Hand zu weisen sei, auch zeigte sich die Versammlung prinzipiell mit der Sache einverstanden. Nach einer kurzen Aufforderung zu reger Agitation trat hierauf Schluß der Versammlung ein.

Stuttgart. Am Sonntag, den 4. Januar, fand unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshause statt, welche ausnahmsweise sehr gut besucht war und es den Anschein hatte, als ob mit dem neuen Jahr auch neues Leben für die Organisation in die Mitglieder gekommen wäre, was wir nur als wünschenswerth bezeichnen könnten. Vor Eintritt in die sehr reichhaltige Tagesordnung wurde durch Erheben von den Sigen der durch den Tod ausgefallenen Kollegen Schmid und Berner gedacht. Dem Kassierer wurde nach Erstattung des Kassenberichtes, der ein sehr erfreuliches Ergebnis anwies, sowie nach Erklärung der Revisoren, die Kasse revidirt und richtig befunden zu haben, Decharge ertheilt. Bei der Neuwahl wurden gewählt: Kollege Deishe, Vorsteher; Kollege Bismann, Kassierer und Kollege Böhmle, Schriftführer. Auch die weiteren Wahlen gingen sehr gut von statten und hoffen wir, sämtliche Aemter in Händen von Kollegen zu wissen, die auch ihre Sache gerecht und pflichtgetreu zu würgen verstehen. Die Wahl der Unterassierer wurde zurückgezogen, da sich der Ausschuß bereit erklärte, dieses Amt zu übernehmen und konnte man diesem Vorschlag zustimmen, da die Mitglieder, die bisher diesen Posten bekleideten, in dem neugewählten Ausschuß thätig sind. Die zu der Oftern stattfindenden Generalversammlung gestellten Anträge führten zu einer sehr lebhaften Diskussion, an der sich auch Gewerkschaftssekretär Mäther beteiligte. Das Resultat der Reorganisation unserer Zahlstelle gab Genosse Mäther bekannt und ist die Mitgliederzahl bedauerlicherweise auf ein Minimum gesunken, das mit der Zahl der in Stuttgart beschäftigten Hausdiener, Factor, Fuhrleute etc. in großem Widerspruch steht. Desto erfreulicher ist es aber, daß die jetzt noch der Zahlstelle angehörenden Mitglieder sich ihres Jieles bewußt und die Simulanten verdrängt sind, die nur den Verband kannten, sobald sie in Noth waren und hierdurch die Zahlstelle nicht nur finanziell, sondern auch materiell schädigten. In unserer jetzigen Lage wollen wir es nicht unterlassen, an die noch der Zahlstelle angehörenden Mitglieder ein ernstes Wort zu richten und ermahnen, daß um die Besserstellung unserer Lage nicht der Zusammenschluß einzelner genügt, sondern es nun jedem Kollegen seine heiligste Pflicht sein muß, die dem Verband noch fernstehenden Berufscollegen aufzuklären und als neue Mitglieder zu werben, um im Ernstfalle Mann für Mann, Schulter an Schulter unsere Interessen zu wahren und zu fördern. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Wittelsburg. Mitglieder-Versammlung vom 7. Januar. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 238,27 Mk., der eine Ausgabe von 185,35 Mk. gegenüber steht, sodas ein Kassenbestand von 52,92 Mk. verbleibt. Hierauf wurde zur Arbeitslohnzahlung Stellung genommen und zwei darauf bezügliche Anträge abgelehnt. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Dev. Tobaden, Kassierer, Schriftführer Lindemann, Kartelldelegirte Hartmann und Klebebach.

Mittheilungen des Zentralvorstandes.

Eine große Anzahl von Verwaltungsstellen haben bisher noch immer nicht die Abrechnung für das 4. Quartal eingelebt. Die Verwaltungsstellen, deren Abrechnung bis 15. Februar beim Hauptkassierer nicht eingehen, können im Bericht für die Generalversammlung keine Berücksichtigung finden. Wir sind aber außerdem gezwungen, die Säumnigen im Corrrier zu veröffentlichen und eine Revision an den betreffenden Orten zu veranlassen.

Desgleichen bitten wir um umgehende Einfindung der statischen Fragebogen und der Aufnahmescheine vom 4. Quartal.

Wir haben leider abermals die Wahrnehmung machen müssen, daß die Verantwortung der statischen Fragen auf den Aufnahmeseinigen sehr zu wünschen übrig läßt. Da die betreffenden Angaben zur Aufnahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Beruf dienen sollen, bitten wir dringend um höchst sorgfältige Ausfüllung der betreffenden Rubriken.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.
J. A. Oswald Schumann, Berlin S.O.,
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 18.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelder sind an den Hauptkassierer Kollegen Karl Raßler, Berlin S.O., Engel-Ufer 15, einzufinden.

Griechen.

Stuttgart, W. Bei Raumangel werden selbstverständlich immer die neuesten und nicht die alten schon lagernden Berichte zurückgestellt. Im Uebrigen möchten wir bitten, ein bißchen kollegialer zu schreiben, wir haben es an der nothwendigen Höflichkeit bisher noch nicht fehlen lassen. Drehen.

Die Schriftführer allerorts werden ersucht, die Namen der neugewählten Verwaltungsmittglieder in den Berichten recht deutlich zu schreiben, andernfalls wir keine Verantwortung für die richtige Wiedergabe derselben übernehmen können. D. R.

Raumangel halber mußten Berichte zurückgestellt werden aus: Aachen, Altona, Berlin, Hamburg, Leipzig, München, Dresden, Köln, Oberfeld, Gießen, Potsdam, Bremerhaven, Stettin, Kadelberg, Nordhausen, Magdeburg, Bant, Erfurt, Halberstadt, Frankfurt, Mannheim und Dessau. D. R.

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Als Bureau-Angestellter

für die Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr. wird ein Kollege gesucht.

Bewerber muß in Bureauarbeiten bewandert sein und einen Arbeitsnachweis leiten können. Er muß ferner die Sozialgesetzgebung so kennen, daß er richtige Auskünfte darüber zu geben im Stande ist. Außerdem muß der betreffende Kollege die nötigen Fähigkeiten besitzen, um die Agitation im Gau Ost- und Westpreußen betreiben zu können.

Reflektanten haben ihren Bewerbungsschreiben eine ausführliche Arbeit über die Aufgaben eines Bureau-Angestellten und Gaubevollmächtigten beizufügen.

Meldungen bis 15. Februar 1903 an das Bureau des Zentral-Vorstandes Berlin S.O. 16, Engel-Ufer 15.

Der Zentral-Vorstand.

Als Bureau-Arbeiter

für die Verwaltungsstelle Berlin I. wird ein Verbandskollege gesucht.

Bewerber muß in Bureauarbeiten firm, orthographisch und stilistisch richtig schreiben können, ferner mit der Sozialgesetzgebung so vertraut sein, daß er darüber richtige Auskünfte zu geben im Stande ist. Außerdem muß der betreffende Kollege die nötigen agitatorischen Fähigkeiten besitzen.

Reflektanten haben ihren Bewerbungsschreiben eine ausführliche Arbeit über die Aufgaben eines Verbandsangestellten beizufügen.

Meldungen bis 15. Februar d. J. an das Bureau, Engel-Ufer 15, II.

Die Ortsverwaltung. Der Zentral-Vorstand.

Achtung! Kollegen Hamburgs, Altonas und Wandsbeks!

Folgende Gastwirthe in Hamburg haben noch nachträglich die von den bei uns organisierten Kollegen Hausdienern aufgestellten Forderungen schriftlich bewilligt:

Wibbren, Aug., Wilm. Neudeich 46. Mein, F., Bahnhofsstraße 8, R. Schmidt, J. F. & Sohn, Lübeckstraße 84. Der Hausdiener bei Schmidt ist bei uns nicht organisiert.

Der Hausdiener bei Schammel, Bergedorferstr. 8, welcher von unserem Verbands nichts wissen wollte, ist nicht mehr dort, der jetzige Hausdiener ist bei uns Mitglied.

Der Hausdiener beim Gastwirth Kiechhof, Mittelweg 107, Ecke Badesstr., erklärt den Kollegen, er sei Mitglied unseres Verbandes, habe die Forderungen 66 und 70 mitgemacht, sei verwundet worden u. s. w.

Wir haben dem gegenüber zu erklären, daß die Mittheilungen dieses Herrn Räubergeschlichen sind und nicht wahr sind.

Unserem Kassirer gegenüber hat dieser Hausdiener wiederholt erklärt, er wolle und könne unserem Verbands nicht beitreten, da er dadurch Nachteile habe. Wir fordern deshalb die Verbandskollegen auf, diesem Herrn keine Groschen mehr zukommen zu lassen, sondern gerade gegenüber Kiechhof, in der Wirtschaft von Rade, Mittelweg 108 zu verkehren. Herr Rode hat die Forderungen der Hausdiener sofort bewilligt und der bei Rode beschäftigte Hausdiener ist bei uns ein treuer Verbandskollege.

Bei dieser Gelegenheit ersuchen wir nochmals, noch fleißiger als bis jetzt sich stets die Kontrollkarte der Hausdiener zeigen zu lassen, damit auch der letzte der Herren Wirthe die berechtigten Forderungen unserer Verbandskollegen bewilligt und anerkennt.

Die Ortsverwaltung.

Wir machen die Verbandskollegen auf das Stattfinden folgender beiden

General-Versemlungen

aufmerksam:

1. General-Versammlung am Freitag, den 6. Februar, bei Aug. Schwab, Neustädterstr. 41-43, im großen Saal. Tages-Ordnung: Fortsetzung und Beilegung der Tages-Ordnung der General-Versammlung vom 29. Januar.

2. General-Versammlung am Dienstag, den 10. Februar, in der „Lesinghalle“, Gänsemarkt 85. Tages-Ordnung: Stellungnahme zur Verbands-General-Versammlung in Hamburg Ostern 1903.

Die ausführliche Tages-Ordnung beider General-Versammlungen wird den Verbandskollegen mit der Nr. dieser Zeitung noch einmal mittelst Postzeitel bekannt gegeben. Wir ersuchen jedoch heute schon für zahlreichen Besuch der Versammlungen zu agitieren.

Die Ortsverwaltung.

Rathenow.

Am Sonntag, den 8. Februar 1903, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Ritz, Mühlentstr. 26:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Anträge zur General-Versammlung in Hamburg. Wahl eines Delegierten. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Gewerkschaftliches.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist es unbedingt notwendig, daß ein jeder Kollege zu dieser Versammlung erscheint.

Die Ortsverwaltung.

J. A. R. Ziem.

Frankfurt a. O.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Am Sonntag, den 8. Februar, Nachm. 4 Uhr, im Consum-Verein Vorwärts:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Wie bauen wir unsere Organisation aus?“ Ref.: Koll. Gledert-Berlin. 2. Abrechnung. 3. Anträge zur General-Versammlung in Hamburg. 4. Wahl des Vorstandes. 5. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Es ist dringend notwendig, daß ein jeder Kollege zu dieser Versammlung erscheint, da wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen. Weiter machen wir bekannt, daß uns das Lokal des Herrn Ernst Günther, Berlinstr. 39, zur Verfügung steht und werden dort jeden Sonntag von 10-12 Uhr Vormittags Beiträge entgegen genommen. „Courier“ liegt aus.

Die Ortsverwaltung.

J. A. C. Schulz.

Achtung! Magdeburg. Achtung!

Am Sonnabend, den 14. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 88:

Außerordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die General-Versammlung unseres Verbandes in Hamburg und welche Anträge geben wir zu stellen? 2. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung in Hamburg.

Die Mitglieder werden nur nach Vorzeigung des Verbandsbuches zu der Versammlung zugelassen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Steglitz.

Den Kollegen sei nochmals ins Gedächtnis gerufen, Billets vom Gesangverein „Eintracht“ nicht zu entnehmen.

Die Ortsverwaltung.

Stettin.

Am Sonntag, den 8. Februar, Abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur General-Versammlung in Hamburg. Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ersucht

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Görlitz.

Mittwoch, den 4. Februar, Abends 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Witt, Langenstraße 48.

Tages-Ordnung: 1. Anträge zur General-Versammlung. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.

Zahlreiches Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht, da eine wichtige Tages-Ordnung vorliegt.

Gäste willkommen.

Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 7. Februar 1903:

III. Stiftungs-Fest

bestehend in

Konzert, Theater und Ball

im „Europäischen Hof“.

Anfang 9 Uhr Abends.

Ende ??? Eintrittskarten à Person 25 Pf. sind zu haben bei den Hilfskassen und bei den bekannten Mitgliedern.

Hierzu sind die Kollegen und Freunde nebst ihren Familien freundlichst eingeladen. Kollegen, sorgt dafür, daß unser Stiftungs-Fest gut besucht wird.

Das Komitee.

Achtung!

Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr.

Am Sonnabend, den 14. Februar 1903, findet unser

Winterfest

im Eden-Theater-Saale statt. Dasselbe wird wie in den beiden Vorjahren wieder als

Amoritisches Familien- und Kappen-Fest unter Mitwirkung einer vorzüglichen Artistentruppe gefeiert werden.

Karten hierzu à 35 Pf. sind im Verbandsbureau und bei dem Einlassirer zu haben.

Garderobe frei.

Gäste willkommen.

Das Fest-Komitee.

Leipzig.

Freitag, den 6. Februar 1903, Abends 9 Uhr:

General-Versammlung

im „Coburger Hof“, Windmühlenstraße 11.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes.

Nur Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.

Die Ortsverwaltung.

Leipzig.

Am Sonnabend, den 14. Februar 1903, Abends von 1/8 Uhr an:

Großes Winterfest

im Albertgarten, Leipzig-Anger-Crottendorf,

bestehend in

Konzert und Ball.

Programme à 15 Pf. sind im Voraus bei sämtlichen Beisitzern sowie im Bureau zu haben; an der Abendkasse kosten dieselben 25 Pf.

Die Kollegen werden ersucht, ihre Verbandsbücher mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Zeitz.

Sonntag, den 1. Februar, Nachm. 3 Uhr:

Versammlung

im Heiteren Wald.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Wahl der gesammten Ortsverwaltung. 4. Anträge zur General-Versammlung in Hamburg.

Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen ist es, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Ortsverwaltung Fürth.

Sonntag, den 1. Februar:

Allgemeiner Ausflug nach Erlangen.

Dortselbst gefelliges Beisammensein mit den Erlanger Kollegen. Abfahrt um 2 1/2 Uhr (Vorortszug). Treffpunkt in Erlangen „Leipold“, Pfarrstraße.

Hierzu sind auch die Nürnberger Kollegen freundlichst eingeladen.

Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Velten.

Sonntag Nachmittag 2 Uhr findet im Verbandslokal eine

Außerordentliche

General-Versammlung

wegen einer dringenden Sache statt.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Potsdam. Achtung!

Am 8. Februar 1903, (Sonntag), Nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Saale von Glaßer unter

Großes Winterfest

statt, wozu die Kollegen mit Familien und Gästen herzlich eingeladen sind.

Programm:

Konzert. Gefangs-Unterhaltung vom Gesangverein „Schneeglöckchen“. Humoristische Vorträge. Ueberraschungen. Amerikan. Auktion.

Nachdem:

Großer Ball.

Entree 15 Pf. à Person. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 60 Pf. nach.

Kollegen! Um dieses Fest zu einem glänzenden zu gestalten, so bitten wir Euch, zahlreich zu erscheinen und rege für den Kartenvorverkauf unter Euren Bekannten zu sorgen. — Gäste herzlich willkommen.

Das Komitee.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In Berlin die Kollegen Paul Neumann, Rob. Finke, Alb. Reine und Ferd. Richter.

In Eberfeld der Kollege Friedrich Grebe.

In Hamburg die Kollegen Herrn. Mennecke und J. J. Schacht.

In Regensburg der Kollege Josef Sattner.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Zur Frage der Wittwen-Unterstützung.

Berlin. Bezugnehmend auf den Artikel, den Indifferentismus der Frauen betreffend, möchte ich mir auch einige Zeilen erlauben: Kollege Dreher macht den Vorschlag, eine Wittwen- und Waisen-Unterstützung einzuführen und kann ich demselben nur zustimmen, denn ich habe es am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, ohne Vater groß zu werden, wie meine Mutter sich quälte, wie sie den Kleinen den Mund zu stopfen, wir waren ihrer vier, eins noch in Aussicht, meine Mutter also unfähig zu arbeiten; auf die Armen-Unterstützung angewiesen, die nach vielen Lausereien, Erzählen, Thränen ein spärlicher Armenvorkeser auszahlte.

Man denke sich nun: ein Kind starb nach dem andern! Ich, der damals 3 Jahre alt war, blieb allein am Leben. Die Möbel, die mühsam herangeschafft, wanderten ins Leihhaus, auf Nimmerwiedersehen. — So war die Lage einer Frau, nachdem der Ernährer gestorben. Verzweifelt! Ratlos, ohne Mittel, unfähig zu arbeiten. Die paar Groschen, die vorhanden gewesen, waren durch die vorangegangene Krankheit aufgebraucht. Wie segensreich hätte da eine Wittwen- und Waisen-Unterstützung wirken können!

Ich komme nun zu der Art der Unterstützung und bin da anderer Meinung, als Kollege Dreher. Ich halte es nicht für ratsam, eine Unterstützung für das ganze Leben einzuführen, da dadurch der Verband zu sehr belastet würde, sondern nur, daß die erste Zeit nach dem Tode des Mannes, welche ja auch die Schlimmste ist, vielleicht auf sechs Monate, eine derartige Unterstützung geleistet wird. Auch meine ich, daß dann die Unterstützung eine höhere sein könnte. Ich glaube sicher, daß jede Frau für eine derartige Einrichtung zu haben sein wird und damit auch Interesse an dem Verband nimmt; wenn ich mich auch nicht der optimistischen Folgerung des Kollegen Dreher anschließen kann.

Was die staatliche Wittwen- und Waisen-Unterstützung anbelangt, so meine ich, daß wir darauf noch lange warten können und es wohl ein schlechter Trost für unsere Angehörigen sei, sie darauf zu verweisen, der Staat ist verpflichtet, für Euch zu sorgen, wartet nur, er thut es bald. Nein, ich meine, hier wäre Selbsthilfe gerade am Platze, denn wenn wir auf den Staat warten wollen mit seiner verfallenen Versicherung, da können wir noch einige Zeit warten.

Dem Kollegen Engmann muß ich allerdings nur zu sehr recht geben mit seinen Ausführungen betreffend die Männer, denn es ist wahrhaft traurig, daß dieselben sich so wenig für das Interessieren, was um sie vorgeht, sondern nur den Aufenthalt in der Kneipe kennen, anstatt sich mit der Litteratur zu beschäftigen, Vorträge anzuhören, das Theater oder irgend eine Fortbildungsschule zu besuchen. Wie viele schöne Stunden gehen ihnen verloren, wie würden sie ihre Gemüther schonen und viel an innerer Zufriedenheit gewinnen.

Denn warum soll dies Alles den W. sichenden gehören, wir haben auch ein Recht darauf, wir sind ebenso empfänglich für die Einwirkung der Musik, der Gemälde und dergleichen; also genießen wir es auch, um dabei auf einige Stunden die Wirre des Alltags zu vergessen.

Auch der Verband könnte in dieser Beziehung etwas leisten und die Frauen dadurch zu sich heranziehen, daß er Vorträge halten ließ, welche sich mit Frauenfragen beschäftigen.

So meine ich, daß wir den Frauen einen Theil der Sorge um die Zukunft abnehmen, die Männer aber bestrebt sein müssen, sich soviel Kenntnisse wie möglich anzueignen, um dann ebenfalls auf dieselben agitatorisch einwirken zu können. Emil Wehrendt.

Kassel. Zu dem in Nr. 25 des „Courier“ enthaltenen Artikel des Kollegen Dreher (für unsere Frauen), in welchem Dreher nachweist, daß durch die Antipathie, welche unsere Frauen dem Verband entgegenbringen, selbige als ein Hindernis für die Weiterentwicklung der Organisation zu betrachten sind, kann jeder ehrlich denkende Kollege seine Zustimmung nicht verlagern. Doch fragen wir uns einmal, woher kommt es aber, daß ein großer Theil unserer Frauen eine gewisse Antipathie gegen unsere Organisation hat. Es kommt dieselbe daher, weil die große Mehrzahl unserer Kollegen es unterläßt, ihre Frauen über den wahren Zweck und Nutzen des Verbandes aufzuklären. Die Frau erhält auf alle Fragen, welche sie diesbezüglich an ihren Mann richtet, immer die Antwort: Das geht Dich nichts an, das verstehtst Du nicht u. s. w.; hierdurch werden viele Frauen kopfschüttelnd gemacht und glauben nun munter, was ihr Mann treibt, wenn er für die Organisation thätig ist oder die Versammlung besucht. Die Folgen hier von bleiben nicht aus. Die Frau versucht nun ihren Einfluß, welchen sie auf ihren Mann besitzt, geltend zu machen, und der Mann, der eben nicht Ueberzeugung genug besitzt, läßt sich um des lieben Friedens willen überreden und bleibt der Organisation wieder fern. Den Kollegen, den man das erste Mal schon hat müssen an den Haaren herbeiziehen, ist zum zweiten Mal noch viel schwieriger zu bewegen, der Organisation wieder beizutreten. Darum, Kollegen, thue ein Jeder seine Pflicht, bringe eure Frauen mit zur Versammlung, wähle leicht verständliche Thesen, welche auch von den Frauen verstanden werden, kläre ein Jeder seine Frau über die wahren Zwecke des Verbandes auf, betrachte eure Frauen als Aequivalente, behandelt sie nicht nach dem Misverhältnis: Der Mann sei des Weibes Haupt, daher sei das Weib ihm unterthan in allen Stücken, werft aus euren Wohnungen die Sonntagsblätter und sonstige bürgerliche Zeitungen hinaus, welche die Verbummungspolitik der herrschenden Klassen betreiben, laßt die Frau euer Fachorgan und Parteipresse lesen, erlaßt ihr das, was sie nicht versteht, dann, Kollegen, werden unsere Frauen auch in Zukunft reges Interesse an der Weiterentwicklung unserer Organisation haben.

Was nun die Anregung des Kollegen Dreher über die Einführung einer Wittwen- und Waisen-Unterstützung

bezieht, muß man eine derartige Anregung zur weiteren Ausbauung unseres Unterstützungswesens mit Freuden begrüßen, umso mehr, da ja unsere Kollegen sehr oft im besten Mannesalter hingerufen werden; sparen kann die Mehrzahl bei ihren horrenden Löhnen nicht, so sind denn in den meisten Fällen die Hinterbliebenen auf Gnade und Ungnade den Armenverwaltungen und sonstigen Einrichtungen überlassen. Ein jeder Kollege, welchem das Wohl und Wehe seiner Familie am Herzen liegt, muß durch eine rege Agitation es dahin bringen helfen, daß diese so wichtige Unterstützung nicht nur fakultativ, sondern obligatorisch eingeführt wird. Wie mancher unserer Kollegen zahlt bei privaten Sterbefällen und Lebensversicherungen fast das Doppelte, als was er später erhält, hinein, und hilft so den Aktionären und somit unsern Gegnern ihre Taschen füllen, warum sollte er nun hier, wo es gilt, für seine und seines Kollegen Familie zu sorgen, nicht dasselbe thun. Was nun die Berechnung des Kollegen Dreher anbetrifft, so kann ich ebenfalls einen Beitrag von 30 Pf. und eine zweiwöchige Karenzzeit in Vorschlag bringen, nur die Berechnung der Sterblichkeitsziffer mit einem Prozentsatz von 20 auf 1000 Personen ist entschieden zu niedrig, hier muß man schon mit einem Prozentsatz von 30—35 auf 1000 Personen rechnen, trotzdem würden wir aber mit dem Beitrag und der Karenzzeit auskommen.

Nun noch einige Worte über den Artikel des Kollegen Gräfe, welcher besagt: Der Staat als solcher hat die Pflicht, im hinreichenden Maße für unsere Hinterbliebenen zu sorgen. Gut, der Staat hat die Pflicht, aber ob er es thut, das ist die zweite Frage, aber sollen wir warten, bis der Vater Staat, der durch immer mehr direkten und indirekten Steuern uns auspreßt, um seine noch steigenden Schlot- und Kranzucker vor dem Verhungern zu bewahren, uns von selbst eine derartige Unterstützung zahlt, dann können wir warten bis auf den Santt Nimmerleinstag. Aber angenommen, der Staat würde wirklich eine Regelung dieser Frage vornehmen, wie diese dann ausgehen würde, das sieht man ja an dem Antrag des „Arbeiterfreundlichen“, o „Parbon“, freundschaftlicher Parteien, dem Zentrum, wie dieses gleich von Anfang an ein lobtobehobrenes Kind war. Mit derselben Motivierung könnte man ruhig behaupten, auch unsere Gemerchaftsbewegung wäre überflüssig, hier könnte der Staat eingreifen; hier würde er billiger davon kommen, indem er ja nur den 8 Stunden Tag einführt und eine Regelung der Lohnfrage vornehmen würde, aber so wenig, wie er hier eingreift, würde er es auch auf dem Gebiete der Wittwen- und Waisen-Unterstützung thun. Dadurch, daß unsere Beamten sich eine Pension, Wittwen- und Waisen-Unterstützungskasse, und zwar mit Recht, gegründet und hiermit bewiesen haben, daß eben die Selbsthilfe die Beste ist, warum sollen wir, die wir doch am meisten unter allen an den Wechselfällen des wirtschaftlichen Lebens zu leiden haben, nicht dasselbe thun. Darum vorwärts immer, nie zurück, heßt Euch selbst, dann hilft Ernst Müller.

Fürth. Zu der vom Kollegen Dreher angeregten Frage der Wittwen- und Waisen-Unterstützung Stellung nehmend, muß ich gestehen, daß der Vorschlag des Kollegen Dreher als ein durchaus idealer zu bezeichnen ist. Schade ist es mir, daß sich die Versicherung, wenigstens in absehbarer Zeit, nicht durchführen lassen wird.

Als Grund hierfür sehe ich den im Allgemeinen doch noch niederen Lohn unserer Kollegen an. Gerade diese Kollegen hätten eine solche Versicherung am notwendigsten, da der Lohn oft nicht von einer Woche zur anderen reicht und mit dem Tode des Familienvaters und Ernährers die Noth mit aller Macht über die Hinterbliebenen hereinbricht. Die Frau weiß dies so gut wie der Mann, und doch werden sich nicht viele finden, die diese freiwillige Versicherung eingehen. Der Verdienst ist eben nicht ausreichend.

Wir wissen, wie sich die Kollegen sträuben, wenn nur 5 Pfennige mehr Beitrag gezahlt werden sollen, wo sich doch Jeder sagen muß: Es wird dafür wieder mehr geleistet. Und gerade die Frau ist es, die dann bei einer solchen Gelegenheit ihrem Manne rath, aus dem Verband auszutreten. Speziell bei uns in Süddeutschland, wo die Löhne noch niedriger sind als in Norddeutschland, ist mit einer solchen Versicherung nichts zu machen.

Ein Theil der besser gestellten Kollegen könnte ja den Beitrag leisten, diesen geht aber die Versicherung nicht wenig.

Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß mit Einrichtung dieser Unterstützungskasse doch einigermaßen auch die weiteren Aufgaben des Verbandes leiden werden. Durch fortwährenden weiteren Ausbau des Verbandes und seiner Unterstützungen, die er jetzt schon bietet, wird sich mit der Zeit die Nothwendigkeit ergeben, daß auch die Beiträge in steigendem Maße geregelt werden, jedenfalls würde dann die Wittwenkasse hemmend wirken.

Wahrscheinlich wird sich ein Kollege nicht nur dieser Kasse wegen dem Verband annehmen lassen oder es wird ihm seine Frau diesbezüglich dazu bestimmen.

Zunächst ist es Aufgabe unserer Kollegen, ihren Frauen einmal den Zweck des Verbandes klarzulegen. Wie oft hat der Mann Gelegenheit, seiner Frau von dem Mißgeschick, das diesen oder jenen Kollegen betreffen und dem vom Verband Hilfe wurde, zu erzählen; wie oft hat er Veranlassung, seiner Frau über schlechte Arbeitsverhältnisse, die durch den Verband verbessert wurden, zu sagen. Da ist es dann am Platze, auf den Verband hinzuweisen und der Frau zu sagen: Siehst Du, wenn derselbe nicht dem Verband wäre, dann stünde er jetzt hilflos da.

An der Hand von Thatsachen läßt sich auch eine Frau überzeugen; es liegt in den meisten Fällen nur an den Kollegen selbst, wenn ihre Frauen Gegner der Organisation sind. Sehr richtig führt Kollege Engmann an, daß es theilweise die Männer selbst sind, die den Frauen die große Abneigung gegen den Verband einflößen.

Der Kollege, der gewillt ist, dem Verbands beizutreten, kann dies thun ob mit oder ohne Willen seiner Frau, soviel Mann muß er doch sein.

Bei uns liegt nun die Sache so, daß in den meisten Fällen die Frau den Beitrag bezahlt. Weigert sie sich dessen, nun gut, 25 Pfennige kann sich der Kollege in der Woche schließlich doch noch von seinem Vergelb abmachen, daß er den Beitrag selbst bezahlen kann. Seine Frau muß sich dann sagen, daß ihr Mann wirklich gelassen ist, sich und damit die Seinen vor Fällen der Noth einigermaßen zu schützen. Kommt der Kollege dann in die Lage, seine Rechte in Anspruch nehmen zu müssen, dann ist es ihm jedenfalls nicht mehr schwer, seine Frau zu einem Paulus zu bekehren. Einen Vorschlag aus Leipzig halte ich für acceptabel: Es möchte ein möglichst kurz gehaltenes Flugblatt an die Frauen unserer Kollegen herausgegeben werden, in welchem sie auf ihre gedrückte Lage hingewiesen werden. Auf jeden Fall würde dies keine schlechten Früchte zeitigen.

Joh. Reinmüller.

Leipzig. Im Verfolg der Frage der Wittwen-Unterstützung und deren Beurtheilung seitens einiger Kollegen im „Courier“ veranlaßt mich, meine allerdings unmaßgebliche Ansicht kund zu thun.

Es soll nicht meine Aufgabe sein, des längeren über diese hochwichtige, unsere Verbandsinteressen neu belebende Frage zu schreiben. Dieses hat in datenswerth überzeugender Weise Kollege Dreher des Ausführlichen gethan, wenn ich auch bez. des statistischen Materials der Sterblichkeitsziffer dem Kollegen Gräfe zustimmen möchte. Auch über das heikle Thema der „Frauenfrage“ laun ich mich nicht äußern, obwohl mir scheint, daß selbige auch für uns anfängt, breimend zu werden. Meine Aufgabe erblicke ich darin, einige Punkte zu beleuchten, die von allgemeinem Interesse sind.

Es ist vom Kollegen Dreher sehr glücklich gedacht, daß die Erwerbung der Mitgliedschaft zum Verband nicht durch den Eintritt in die Unterstützungskasse bedingt, sondern thun und lassen in das jeweilige Belieben der Mitglieder gestellt wird. Es sind die Schwierigkeiten, die solchen Unternehmungen entgegenstehen, nicht zu verkennen; und doch soll das Ideal der Verwirklichung entgegengehen; wo ein Wille, da ein Weg! Mit jähren Ausdauer werden auch wir daran hängen, bis dem Gedanken die That folgt. Unser Verband sei es, der die Initiative ergreift, auf dem Wege der Selbsthilfe ein weiteres soziales Werk zu schaffen. Denn noch immer sind wir zur Selbsthilfe angewiesen, mit Verlaub, werther Kollege Gräfe, wie überhaupt auf dem Wege der Selbsthilfe die Arbeiterorganisation aufgebaut ist, das ist unser Stolz, aber auch unsere Macht! — Wir bieten unseren Mitgliedern innerhalb unseres Verbandes die Möglichkeit der Fürsorge ihrer Angehörigen und knüpfen ein weiteres Band der Kollegialität.

Die Bedenken, die Kollege Gräfe hinsichtlich der Be-theiligung resp. der Prospektivität hegt, sind meines Erachtens leicht zu klären. Die Ortsverwaltungen wollen die Beiträge einnehmen, Kollegen anweisen, an jedes Mitglied die Frage der Be-theiligung zu stellen, bei nächster Abholung den Bescheid einfordern, somit haben wir binnen Monatsfrist ein ungefähres Bild über den Stand der Dinge. Es ist meines Erachtens diese Maßregel den Veranlassungsbefehlissen vorzuziehen. Ist somit ein Ueberblick gewonnen, die Sache vom Vorstand entritt, so ist die Möglichkeit gegeben, bei nicht genügender Be-theiligung mit dem Material eventuell an andere Verbände heranzutreten bezugs gemeinsamer Be-theiligung an einer so eminent wichtigen sozialen Aufgabe.

M. Reither.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

München. Am 11. Januar tagte unsere Generalversammlung. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Köhler. Der Kassenbericht im 4. Quartal stellt sich wie folgt: Kassenbestand am Schluß des 3. Quartals 834,40 Mk. Einnahme im 4. Quartal 607,91 Mk. Ausgabe 213,87 Mk. Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 879,77 Mk. Zum Geschäftsbericht führte der Berichterstatter aus, daß die Ortsverwaltung ihr Geschäft in 13 Vorstandssitzungen erledigt hat, in denen Verwaltungs-sachen, die Agitation und Unterstützungs-gesuche geregelt wurden. Mitgliederversammlungen tagten 12, öffentliche Versammlungen tagte 1, der Besuch letzterer ließ zu wünschen übrig. zur Krankenunterstützung wurde veranschlagt 240,43 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 11,20 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 298. Auf Antrag der Revisoren, welche erklärten, bei Prüfung der Abrechnung Alles in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassier einstimmig Decharge erteilt.

Nachdem Kollege Mengel den Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftsartikels erstattet hatte, wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen, welche folgendes Resultat ergab: Mengel, Vorhänger; Köhler, Kassier; Wiegand, Schriftführer; Müller, Schneider, Essig und Vör, Beisitzer; Hüfner, Opitz und Lanz, Revisoren und Mengel Gewerkschaftsbelegter.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Sachen erfolgte sodann Schluß der Versammlung.

Bielefeld. In unserer Generalversammlung wurden nach Erledigung des Geschäfts die Wahlen zur Ortsverwaltung vorgenommen und wurde Kollege Esniol als 1. Kollege Müller II als 2. Bevollmächtigter, Ritter als 1. und Schäfer als 2. Kassier und Vollmann als 1. und Weinhorn als 2. Schriftführer gewählt. Als Revisoren wurden Schneider, Ober und Westermann bestimmt. Das Vergütungskomitee, bestehend aus den Kollegen Müller, Strauß, Esniol, Sabmann und Hiltgerde, soll sich mit dem Wirthe Freundau wegen eines Wintervergütens in der Ortsverwaltung das Nähere beschließen. Es haben im vorigen Jahre 12 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen mit Schumann-Berlin und Detmering-Uberfeld als Referenten stattgefunden.

Chemnitz. Generalversammlung am 11. Januar. Kollege Engelmann gab den Geschäftsbericht, nach welchem 80 öffentliche Versammlungen, welche sich auf alle Branchen verteilten, stattfanden, außerdem die regelmäßigen Monatsversammlungen und ebenso viele Vorstandssitzungen. Es fanden 2 Tanzergnügen und 1 Abendunterhaltung statt. Lohnunterschieden waren nicht zu verzeichnen. — Hierauf gab Kollege Beyer den Kassenbericht, wonach die Abrechnung vom 4. Quartal in Einnahme und Ausgabe mit 708,10 Mk., und einem Kassenbestand von 423,10 Mk. die Jahresabrechnung in Einnahme und Ausgabe mit 1750,17 Mk. balanciert, bei einem Kassenbestand von 423,10 Mk. Für Arbeitslosen- und Gemarkungsunterstützung sind gezahlt worden 50,75 Mk., für Rechtschutz 48,56 Mk., zusammen 99,31 Mk. Auf Antrag des Kollegen Langrock als Revisor wird dem Kassier einstimmig Decharge erteilt.

Kollege Richter bespricht den Geschäftsbericht und weist darauf hin, daß Chemnitz in Bezug auf seine Weiterentwicklung die meisten Schwierigkeiten mache und für die Kollegen innerhalb eines Geschäfts nicht einmal eine Geschäftsbesprechung möglich ist.

Hierauf wird zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. Gewählt wurden die Kollegen Engelmann als Bevollmächtigter, Breusch als Kassier, ver. Stimmzettel, die Kollegen Gotthardt, Schmidt, Haupt, Fischer, Weidauer wurden per Applikation einstimmig gewählt. Als Revisoren wurden Barth, Langrock und Beyer gewählt. Anträge besonderer Art liegen nicht vor. Koll. Richter wies noch auf die Generalversammlung in Hamburg hin und beantragte befristete Stellungnahme zu derselben anstatt der nächsten Mitgliederversammlung eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf Schluß.

Coburg. In der Mitgliederversammlung am 11. Januar gab Kollege Müller den Geschäfts- und Kassenbericht, welcher alleseitig mit großer Zufriedenheit aufgenommen wurde. Hierauf wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: Erhardt Müller, Bevollmächtigter; Louis Schneider, Kassier; Goltz, Schwamm, Schriftführer. Als Revisoren fungierten Walter, Keil und Christian Schneider, als Kartelldelegierter Kollege Walter. Beschlossen wurde, daß der Kassier jeden Sonntag die Beiträge zu sammeln habe. Alle 14 Tage soll eine Hausagitation vorgenommen werden.

Einige Vorkommnisse bei der Firma Zangele riefen eine längere Diskussion hervor.

Zu Htern soll ein Vergnügen abgehalten werden.

Göhrdt. Am 11. Januar tagte unsere Generalversammlung. Zum Bericht vom Weihnachtsergnügen wurde gemäß einem Antrage Wöhe beschloffen, das Defizit durch eine Sammlung zu decken. Nach dem Jahresbericht der Ortsverwaltung zählt unsere Verwaltungsstelle 42 Mitglieder. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Hadeball, Bevollmächtigter; Semrau, Kassier; Nidel, Schriftführer; Maschewsky und Salina, Revisoren. Als Revisoren wurden Buhn, Galle, Baule gewählt. Zum Gewerkschaftsdelegierten wurde Hadeball und als dessen Stellvertreter Semrau bestimmt. Die Versammlungen sollen wie bisher stattfinden, jedoch ist der Ortsverwaltung das Recht eingeräumt, jedoch nicht, wenn dringende Sachen vorliegen, auch anderweitig festzusetzen. Zur Generalversammlung stellte die Verwaltung zwei Anträge, von denen erster die Abhaltung der Verbandstage auf alle 3 Jahre festsetzen will, während der zweite auf Einrichtung einer Rubrik „Aus anderen Gewerkschaften“ im „Courier“ hinzielt.

Zur Begründung dieser Anträge, diene Folgendes: Schreiber dieses, als Vater des Antrages, ist es häufig passiert, daß Verbandsmitglieder von wichtigen Vorkommnissen in anderen Gewerkschaften absolut keinen Schimmer haben. Besonders ist dies beim letzten Streik der Textilarbeiter in Weeraue der Fall gewesen. Bei einigen Kollegen mit einer Sammelstelle angefangen, wurde mir erklärt: „Davon wissen wir nichts.“ Ein Anderer hatte durch die Vertreter einer bürgerlichen Zeitung den Wunsch zu erklären: „Die Streikenden sind selber Schuld.“ Ich will nun nicht sagen, daß über alle Vorgänge im gewerkschaftlichen Leben im „Courier“ referiert werden soll, das liegt mit fern. Aber Streiks, Auspersperungen etc., die bereits mehrere Wochen dauern und an denen Hunderte von Kollegen beteiligt sind, können wohl eine Registrierung erfahren. Nicht minder, wenn der Zentralvorstand in dergleichen Sachen helfend beizutreten ist.

Frankfurt a. M. In der Generalversammlung am 11. Januar gab Kollege Larisch den Geschäftsbericht für 1902, welcher zur Zufriedenheit der Kollegen ausfiel. Dem vom Kassier Koll. Kaiser gegebenen Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 839,86 Mk., die Ausgaben 927,27 Mk. verbleibt. Auf Antrag des Revisors Eidenaer wurde dem Kassier Decharge erteilt. Die Thätigkeit der Kollegen Fische, Schumann und Martin als Unterassistenten wurde lobend hervorgehoben. Kollege Kaufe sprach über die Errichtung eines Arbeitsnachweises. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Kaufe als 1., Wohmann als 2. Bevollmächtigter; Larisch, Kassier; Reinschard, Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Eidenaer, Wohmann und Wolbrardt ernannt. Kollege Schumann stellte den Antrag, den Wochenbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen und wurde derselbe ohne besondere Debatte angenommen.

Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

Galle a. S. Am 10. v. Mts. fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab zunächst einen Bericht über die Thätigkeit im vergangenen Jahre; danach haben stattgefunden 12 Mitgliederversammlungen, 23 Vorstandssitzungen und 6 öffentliche Versammlungen. Außerdem fanden noch zwei größere Sitzungen statt, welche sich mit verschiedenen Sachen beschäftigten, z. B. mit der Arbeitslosenabteilung und anderem mehr. Darauf erstattete Kollege Möwes den Kassenbericht für das 4. Quartal 1902. Derselbe ergab eine Einnahme von 935,50 Mk., eine Ausgabe von 792,16 Mk., es bleibt also ein Ueberschuß von 143,34 Mk.

Im Weiteren wurde zur Neuwahl des Gesamt-Vorstandes geschritten. Als Bevollmächtigter wurde der Kollege Emmer, als Kassier Möwes, als Schriftführer Emmerich wiedergewählt. 2. Kassier wurde Kretzmann, als Beisitzer W. Weisse, Wächler, Vornack, Franz Müller, Herrn. Schmidt, Frenzel und Hermann Hoffmann gewählt, als Revisoren die Kollegen Linne, Siegel und Brinz. Nachdem Kollege Möwes sein Amt als Kartelldelegierter niedergelegt hatte, wurde an dessen Stelle der Kollege Reichstagsabgeordnete Thiele gewählt. Hierauf verlas Kollege Möwes eine Eingabe an das Reichsamt für Arbeitertätigkeit betreffend die Erhebungen im Handels-gewerbe; es wurde einstimmig beschlossen, dieselbe dem Reichstags zu unterbreiten. Unter Verschiedenen wurde Klage geführt über einen Lagerist der Firma Krause in der Königstraße. Es soll vorgekommen sein, daß dieser Mann Arbeiter mit Beistehen hieben und traktiert und sich nicht wieder einen tüchtigen Arbeiter mit Schlägen bedroht hat; es wird nach Ansicht der Versammlung die höchste Zeit, daß die Firma Krause ihren Angestellten klar macht, daß die Arbeiter auch Menschen sind und menschlich behandelt sein wollen. Und Herr Krause wird wissen, daß seine Mutter und sein Kase auch von Arbeitern getauft und gesegnet werden. Ferner wurden für einen durchreisenden Kollegen 2,67 Mk. gesammelt. Zur Sprache kam noch die Angelegenheit des Wagenführers Valentini von der Stadtbahn. Dieser war bei genannter Gesellschaft vom 26. Mai 1901 bis zum 31. Januar 1902 in Stellung und wurde am letzten Tage wegen Differenzen mit einem Beamten entlassen. Beim Abgange erhielt er ein Zeugnis, das folgenden Anhang aufweist: „Gegen die Führung des Valentini fand sich nur zu erinnern, daß derselbe sich eine Zurückweisung seines Vorgelegten nicht gefallen lassen wollte und die Bedingung stellte, daß entweder er oder der Vorgesetzte abgehen müßte, da trat natürlich der letztere Fall ein.“ Da es dem B. auf Grund dieses Zeugnisses nicht möglich ist, eine neue Stellung zu finden, soll auf Ausstellung eines den Erfordernissen des § 113 der Gewerbeordnung entsprechenden Zeugnisses gelayt werden. Es wurde erinnert, daß die Gesellschaft gelegentlich des Streiks bereits einmal wegen Kennzeichnung eines Zeugnisses verurteilt worden ist.

Hannover. Mitgliederversammlung am 17. Januar. Abrechnung vom 4. Quartal. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 183,15 Pf., an die Hauptkasse wurden gezahlt 60,28 Mk., sonstige Ausgaben 95,02 Mk., verbleibt ein Kassenbestand von 32,55 Mk. Kollege Puls stellte den Antrag, für das verfloßene Jahr an Kollegen Thiele für sein Zimmer (Heinigung und Licht) 20 Mk., dem Kollegen Fiebert 10 Mk. für seine Bemühungen zu bewilligen. Für die Bezirkstaxen sollen 7,50 Pf. Entschädigung gegeben werden, was auch angenommen wurde. Sodann wurde noch über die Fensterputzer, Kohlenarbeiter etc. debattiert und der Vorstand beauftragt, demnächst eine öffentliche Versammlung einzuberufen. — Die Ortsverwaltung bilden die Kollegen: Frägemann 1. und Daniel 2. Bevollmächtigter, Licker, Kassier, Dooß und Lampen, Schriftführer, Wippenhüt, Puls, Stäube, Revisoren, Ghaboneit und Vogt Bezirkstaxen.

Wittgen. In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Fersch-Witzberg über die Lage der Kollegenchaft und deren Arbeitsverhältnisse. Die An-regungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Kollegen werden in der Zukunft befreit sein, durch Stärkung der Organisation eine Verbesserung der herrschenden Zustände herbeizuführen.

Leipzig. Eine am 17. v. Mts. im Gambirius zu Leipzig Connewitz stattgefundene Versammlung der Geschirrführer von L.-Süd beschäftigte sich mit den Vor-schlägen des Leipziger Straßenpolizei-Regulativs, und Nachtheilen des Leipziger Straßensicherungs-Regulativs. Koll. Wöhe als Referent führt den Voran, daß die Mängel des Regulativs vor Augen und bemerkt, daß die Geschirrführer alle Ursache haben, sich der Organisation anzuschließen, um der Ausbeutung durch die Unternehmer ein Ziel zu setzen und bessere Zustände im Kaufherbergs herbeizuführen. Eine dementsprechende Resolution, in welcher Schließung und feste Kaufherberge an allen Transportfahrwegen verlangt wird, fand einstimmige Annahme. Es scheint aber den Kaufherbern von L.-Süd noch viel zu gut zu gehen, da die Versammlungen immer so schwach besucht sind; es wird nun bald Zeit, daß sich die Kollegen mehr um die Organisation bestimmen.

Ludwigshafen a. Rh. In der am 4. Januar stattgefundenen regelmäßigen Mitglieder-Versammlung sprach Kollege Kaufe-Frankfurt unter sehr großem Beifall über: „Die Bedeutung der Gewerkschaften zur Zeit der wirtschaftlichen Depression.“ Diskussion wurde über den 1/1-stündigen, mit großer Aufmerksamkeit entgegen-genommenen Vortrag nicht beliebt. Unter Verschiedenem wurden einige Anträge zur General-Versammlung in Hamburg diskutiert. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Anträge in der nächsten Versammlung nochmals besprochen werden sollen.

Mainz. Am 18. Januar fand hier die Jahres-versammlung statt. Der Kollege Grinewald erstattete den Jahresbericht. Demselben war zu entnehmen, daß unsere Verwaltungsstelle im verfloßenen Jahre sehr gute Fortschritte gemacht hat. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Kassiers Vog verlas der Bevollmächtigte den Kassenbericht. Nachdem die Revisoren erklärt hatten, Kasse und Bücher in Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassier einstimmig Decharge erteilt. Die Neuwahl der Ortsverwaltungsmittelglieder ergab folgendes Resultat: Bevollmächtigter Kollege Grinewald, Kassier Kollege Vog, Schriftführer Kollege Franz. Mit der Kassenrevision betraute man die Kollegen Brückner, Marquardt und Brosius. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Weitz und Vog gewählt. Die Wosten der Unterkassier über-trug man den Kollegen Grollmann, Paris, Vog und Weitz.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung forderte der Gau-bevollmächtigte Kaufe-Frankfurt in einer sehr beifällig aufgenommenen Ansprache, anknüpfend an den günstigen Jahresbericht, die Anwesenden auf, im neuen Jahr mit

demselben Eifer für die Ausbreitung unserer idealen Bestrebungen zu wirken, damit der Bevollmächtigte bei dem nächsten Jahresbericht über noch günstigere Verhältnisse berichten kann. Nach Erledigung dieser anderer Angelegenheiten wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Mannheim. In unserer am 4. Januar abgehaltenen Versammlung hielt der Kollege Kaufe-Frankfurt eine sehr beifällig aufgenommene Ansprache, in der er die Anwesenden aufforderte, im neuen Jahre recht reg zu agiliten, damit die Mitgliederzahl am hiesigen Orte größer wird. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Bistup, Eckardt und Kaufe. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Als 1. Bevollmächtigter wurde Wilhelm Brailing, Zumbuschstr. 31 III., und als 2. Bevollmächtigter Adam Schmitt gewählt. Mit den Kassenangelegenheiten betraute man den Kollegen Martin Klein, J. 2. Nr. 16. Den Voten eines Schriftführers übertrag man dem Kollegen Bistup und als Revisoren wurden die Kollegen W. Sieber, Julius Götterich und Jakob Henkes ernannt. Nachdem der neu gewählte 1. Bevollmächtigte noch für das ihm geschenkte Vertrauen gedankt und versprochen hatte, seine Schuligkeit der Organisation gegenüber im vollsten Maße zu thun, wurde die Versammlung geschlossen.

Neustadt S.-21. Die am 4. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung war erfreulicherweise gut besucht, denn von 21 Mitgliedern waren 18 anwesend. Aus dem Geschäftsbericht, welchen der Vertrauensmann erläuterte, war zu entnehmen, daß sich die Zahlstelle im ersten Vierteljahre ihres Bestehens gut entwickelt hat, denn vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1902 hatten sich 9 Kollegen dem Verbands angegeschlossen, abgemeldet haben sich 3 Kollegen, so daß ein Mitgliederbestand von 21 verbleibt. An wöchentlichen Beitragssparaten wurden 273 Stück verkauft, Wobestandsfondswaren wurden 25 verkauft. An die Hauptkasse wurden 46,98 Mk. abgeliefert, so daß ein Kassenbestand von 8,54 Mk. am Orte verbleibt. Als Bevollmächtigter wurde H. Biesch, als Kassier A. Eberspächer, als Schriftführer W. Weierlein gewählt. In das Gewerkschaftsstatell wurde Weisch delegiert. Kollege Richter hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Für die Meraner Weber wurden 3,45 Mk. gesammelt. Wossen wir, daß der Verband in diesem Vierteljahre sich immer mehr vergrößert.

Nürnberg. Unserer Mitglieder-Versammlung vom 12. Januar ging eine solche für die Schließwächter voraus. Kollege Hauerscheid legte den Anwesenden den Bericht der Organisation und die Leistungen derselben auseinander. Die Kollegen haben die gebotenen Portheile ein und lassen sich hauptsächlich in den Verband aufreihen. Die Versammlungen finden auf Wunsch den 11. und 20. jeden Monats statt.

Nachdem das Protokoll genehmigt wurde zur Tagesordnung der Generalversammlung in Hamburg Stellung genommen und die einzelnen Punkte eingehend durchberathen. Zu Punkt 2 wurde ein Antrag eingebracht, der dahin geht: „Für Nordbayer einen Gauleiter mit dem Sitz in Nürnberg zu beauftragen“; derselbe wurde einstimmig angenommen.

Ein weiterer — auf der Regensburger Gaukonferenz beschlossener — Antrag: Einführung obligatorischer Kassenunterstützung, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. In dem die Zeit schon sehr weit vorgeschritten war, wird in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nochmals Stellung hierzu genommen.

Quedlinburg. Am Sonntag, den 4. Januar, tagte unsere Mitglieder-Versammlung, welche gut besucht war. Zum 1. Punkt erläuterte der Kollege Pfeiffer die wichtigsten Bestimmungen unseres Verbands-Statuts für die neu erschienenen Kollegen. — Dann hielt der Kartell-Vorsitzende Schmidt einen sehr reichhaltigen Vortrag über „Arbeiterversicherung“. Der Beifall bewies, daß der Referent den anwesenden Kollegen aus der Seele gesprochen und ihr Wissen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung vermehrt hatte.

Zum 8. Punkt, Wahl der Ortsverwaltung, wurden die Kollegen Wth. Pfeiffer als Bevollmächtigter, Fritz Ueberadt als Kassier und Otto Meier als Schriftführer gewählt. Als Revisoren wurden gewählt Ernst Jelezig und August Krause. August Krause wurde noch als Kartelldelegierter gewählt.

Daß die Verhandlungen an diesem Abend ihren Eindruck auf die Anwesenden nicht verfehlt hatte, bewies, daß sich 5 neue Mitglieder aufnehmen ließen. Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden ersten Sonntag im Monat im „Kaiser Friedrich“ statt.

Saalfeld. Generalversammlung vom 11. Januar. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen im 4. Quartal 79,81 Mk., die Ausgaben 40,69 Mk. betragen, sodas ein Kassenbestand von 39,12 Mk. verbleibt. Dem Kassier, Kollegen Müller, wurde Decharge erteilt. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Bev. Büttner, 2. Bev. Raug, Kassier Müller, Schriftführer Büchner, Revisoren Wärtel und Groß. Das Gewerkschaftsstatell wurden die Kollegen Wolkart und Raug gewählt. Hierauf hielt Koll. Martini noch einen kurzen Vortrag über den Zweck des Verbandes, die Kollegen zu ihrer Agitation anzuernern.

Stettin. Mitgliederversammlung vom 18. 1. 03. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Bevollmächtigter G. Köhn, Langestr. 25, Kassier G. Wrothe, Lobsgasse 10, Schriftführer W. Busch, Weiß 2, Revisoren Stiegmann und Ohl. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 179,40 Mk., eine Ausgabe von 151,22 Mk., bleibt ein Bestand am 1. Januar von 28,18 Mk. Dem Kassier wurde auf Antrag Decharge erteilt.

Hierauf erstattete Koll. Köhn den Kartellbericht. In Punkt Verschiedenes wurden die Kollegen noch vom Vor-sitzenden erwähnt, die Versammlungen fleißiger zu besuchen. Danach Schluß der Versammlung.

Verantwortl. Redakteur und Verleger: D. Schumann, Berlin. Druck: Maurer & Dimnick, Berlin S., Luisen-Str. 11.